

# DER NONPROFIT-SEKTOR IN DEUTSCHLAND

Prof. Dr. Annette Zimmer &

Dr. sc. Eckhard Priller

## INHALT

ABSTRACT .....	2
<b>1. EINLEITUNG: EIN SEKTOR IM WANDEL .....</b>	<b>3</b>
2.1 Kooperativer Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung .....	4
2.2 Korporatismus und Subsidiarität .....	4
<b>2. DER NONPROFIT-SEKTOR ALS TEIL VON STAAT UND GESELLSCHAFT .....</b>	<b>4</b>
2.3 Mitgliedschaft als gesellschaftliches Strukturmoment .....	5
3.1 Mitglieder- und kapitalbasierte Rechts- und Organisationsformen .....	9
<b>3. RECHTSFORMEN DES DEUTSCHEN NONPROFIT-SEKTORS UND GEMEINNÜTZIGKEIT .....</b>	<b>9</b>
3.2. Gemeinnützigkeit als Kategorie des Steuerrechts .....	10
4.1 Die aktuelle Datenlage .....	11
4.2 Zur Größe des deutschen Nonprofit-Sektors .....	11
<b>4. DAS QUANTITATIVE BILD DES DEUTSCHEN NONPROFIT-SEKTORS .....</b>	<b>11</b>
4.3 Zusammensetzung nach Rechtsformen und Branchen .....	12
4.3.1 Mitgliederbasierte NPOs: Vereine und Genossenschaften .....	13
4.3.2 Kapitalbasierte NPOs: Stiftungen, gGmbHs, gUGs .....	14
4.4 Bereiche und Branchen .....	16
4.5 Beschäftigung und bürgerschaftliches Engagement im deutschen Nonprofit-Sektor .....	17
4.5.1 Bezahlte Beschäftigung .....	17
4.5.2 Bürgerschaftliches Engagement .....	19
5.1 Zurückgehende wirtschaftliche Bedeutung und Grenzen der Ökonomisierung .....	23
<b>5. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK .....</b>	<b>23</b>
5.2 Stagnation beim Engagement .....	24
5.3 Das vernachlässigte Potenzial von Stiftungen und Genossenschaften .....	25
5.4 Ende der Ökonomisierung und stärkere Unterstützung der Sozialökonomie als Unterpfand Sozialer Demokratie .....	26
6. Literaturverzeichnis .....	28
7. Autor_inneninformationen .....	30

# ABSTRACT

Der Nonprofit-Sektor in Deutschland muss sich an eine extrem veränderte Organisationsumwelt anpassen. Seine Organisationen sind staatlicherseits nicht mehr vor kommerzieller Konkurrenz geschützt. Und auf eine feste Stammmitgliedschaft, die jederzeit zu freiwilliger Mitarbeit und zur Übernahme ehrenamtlicher Leitungspositionen bereit ist, können sie auch nicht mehr zählen. Wie der Sektor sich in Zukunft entwickeln wird, ist noch nicht abzusehen. Einige Indikatoren weisen darauf hin, dass das bisherige Wachstum des Sektors und die Zunahme an Arbeitsplätzen, bürgerschaftlich Engagierten und neuen Organisationen so nicht mehr weitergehen werden. Die Ökonomisierung der Nonprofit-Organisationen (NPOs) scheint sich als Holzweg zu erweisen. Es sind neue Konzepte in der Politik und bei den NPOs gefragt, die es dem Sektor ermöglichen, an der Neuausrichtung von Staat und Gesellschaft in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit und Partizipation aktiv, vielleicht sogar in einer Pionierrolle mitzuwirken. Erforderlich ist hierfür, dass die Politik den Sektor und seine Organisationen als wesentlichen Teil einer bürgernahen und mehrheitlich lokal verankerten Sozialökonomie anerkennt und die Rahmenbedingungen von NPOs als Sozialunternehmen entsprechend geändert werden.

# 1. EINLEITUNG: EIN SEKTOR IM WANDEL

Nonprofit-Organisationen sind als offene Systeme eng mit ihrem Kontext verbunden und in ihre (Organisations-)Umwelt eingebettet. Der gesellschaftliche und politische Kontext hat sich in Deutschland in den letzten Dekaden deutlich gewandelt. Unsere Gesellschaft ist heterogener geworden und die klassischen sozialen Milieus haben an Relevanz eingebüßt. Mit der Globalisierung und der neo-liberalen Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist die Aufgabenwahrnehmung des Staates eine andere geworden. Als zentrale Steuerungsressource wird bereits seit längerem anstatt auf Kooperation auf Wettbewerb gesetzt. Noch ist nicht abzusehen, wie sich dies auf den Nonprofit-Sektor insgesamt sowie auf NPOs als Sozialunternehmen auswirken wird. Einerseits deuten einige Indikatoren darauf hin, dass der Sektor seine Schlüsselstellung als sozialer Dienstleister sowie gleichzeitig Sozialintegrator bzw. „sozialer Kitt“ der Gesellschaft nur noch bedingt behaupten kann. Andererseits ist das innovative Potential des Sektors nicht zu unterschätzen. Gerade in Krisenzeiten, gleich ob sozialer, ökonomischer oder politischer Natur, wirken Nonprofit-Organisationen gepaart mit bürgerschaftlichem Engagement sowohl als Feuerwehr wie

auch als Pioniere für Ideen, die dazu beitragen, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nachhaltig neu zu gestalten. Diesen Entwicklungen wird im Folgenden nachgegangen. Hierbei wird zunächst unter Berücksichtigung der wichtigsten Rechts- und Organisationsformen von NPOs auf die Einbettung des Sektors in den Verwaltungsaufbau eingegangen sowie auf die enge Zusammenarbeit zwischen NPOs und Staat in Deutschland; dieser wurde inzwischen sowohl von Seiten des Staates als auch der Gesellschaft die Legitimation entzogen. Daran schließt sich ein statistisches Profil des Sektors an, das seine wirtschaftliche Stärke herausstellt, aber auch seine Schwächen und die aktuellen Probleme seiner Organisationen. Vor diesem Hintergrund wird ein Resümee der Schwierigkeiten und der erheblichen Potentiale des Sektors und seiner Organisationen in Deutschland gezogen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise sind Nonprofit-Organisationen als Unterpfand der Sozialen Demokratie und als Garanten für sozialen Zusammenhalt gepaart mit innovativen sozial-ökonomischen Konzepten gesellschaftspolitisch so wichtig wie seit langen nicht mehr.

# 2. DER NONPROFIT-SEKTOR ALS TEIL VON STAAT UND GESELLSCHAFT

## 2.1 KOOPERATIVER FÖDERALISMUS UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

Nonprofit-Organisationen sind im kooperativen Föderalismus Deutschlands als Interessenvertreter wie als soziale Dienstleister auf den verschiedenen Staats- und Verwaltungsebenen präsent. Dabei ist die deutliche Mehrheit der NPOs auf der lokalen Ebene tätig und in die kommunale Selbstverwaltung eingebunden. Insofern ist der mehrgliedrige Staats- und Verwaltungsaufbau von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland für den Sektor folgenreich. In ihrer Funktion als Anwälte für die Interessen der Allgemeinheit sowie ihrer Mitglieder müssen NPOs in Form von *Interessenvertretungen* bzw. *Verbänden* auf allen politischen Ebenen präsent sein. Als regional und lokal tätige Dienstleister sind sie Teil der (Dienstleistungs-)Ökonomie sowie des jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements mit sehr unterschiedlichen Bedingungen in den Bundesländern und Gemeinden sowie in den verschiedenen Politikfeldern. Als Infrastruktur der Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Integrationsmotor sind NPOs auf freiwillige Leistungen in Form von Zeit-, Sach- und Geldspenden angewiesen. Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Unterschiede zwischen Bundesländern und Kommunen aber ganz erheblich. Dies betrifft die Finanzkraft der öffentlichen Hand wie auch den Wohlstand der Bevölkerung als eine Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement. Daher sehen sich NPOs in Deutschland unterschiedlichen Kontextbedingungen je nach Arbeitsbereich und wirtschaftlicher Potenz ihres direkten Umfelds gegenüber.

Der wirtschaftliche Kontext ist aber ein Indikator sowohl für die Unterstützung der öffentlichen Hand als auch für Spenden, Zustiftungen und bürgerschaftliches Engagement. Je potenter eine Region in wirtschaftlicher Hinsicht ist, desto großzügiger können die Kommunen Leistungen und Dienste von NPOs, von Vereinen bis hin zu sozialen Dienstleistern, vergüten oder bezuschussen. Entsprechendes gilt für die private Unterstützung von NPOs.

## 2.2 KORPORATISMUS UND SUBSIDIARITÄT

Der NPO-Sektor blickt in Deutschland auf eine lange Tradition der engen Zusammenarbeit mit dem Staat bei der Gestaltung von Politik zurück, von der Politikwissenschaft als Korporatismus bezeichnet. Gemeint ist die Einbindung von NPOs in Form von Verbänden in die Gestaltung und Formulierung von Politik. Der Rekurs auf NPOs als gemeinnützige Dienstleister bei der Umsetzung von Politiken (z. B. Sozial- und Gesundheitspolitik oder Sport) erfolgt eher unter Hinweis auf das Prinzip der Subsidiarität. Beide Begriffe, Korporatismus wie Subsidiarität, beziehen sich auf eine privilegierte Partnerschaft zwischen Staat und NPOs. Im Korporatismus erfolgt die Auswahl der NPOs/Verbände, die Politik mitgestalten, durch den Staat. Dabei kommen solche Verbände in Frage, die große gesellschaftliche Gruppen repräsentieren und deren föderaler Aufbau innerverbandliche Demokratie sicherstellt. Eine korporatistische Gestaltung der Staat-NPO-Beziehungen setzt voraus, dass die gesellschaftlichen Teilbereiche umfassend

organisiert bzw. verbandsstrukturiert sind und es sich bei den in das korporatistische Arrangement eingebundenen NPOs um die „Dächer“ von Mitgliederorganisationen und damit von lokal tätigen NPOs handelt.

Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Staat und NPOs für beide Seiten von Vorteil. Die NPOs stellen ihre Organisationsressourcen in den Dienst staatlicher Politikziele und entlasten den Staat von Kosten für Steuerung und Kontrollen sowie für den Aufbau umfangreicher sozialstaatlicher Dienste. Als Gegenleistung erhalten die NPOs unter Beibehaltung ihrer Autonomie staatliche Unterstützung und öffentliche Förderung. In den wohlfahrtsstaatlichen Bereichen (Gesundheit und Soziale Dienste) wie auch in den lebensweltlichen Bereichen (Sport und Freizeit) werden NPOs als privilegierte Partner unter Ausschluss kommerzieller Konkurrenz in eine „welfare partnership“ (Salamon/Sokolowski, 2018, S. 70) eingebunden und vom Staat in die Lage versetzt, Leistungen und Dienste bürgernah und flächendeckend anzubieten.

In Deutschland wurde dieses Arrangement unter Bezugnahme auf das aus der katholischen Soziallehre stammende Prinzip der Subsidiarität in der Sozialgesetzgebung festgeschrieben. Das Subsidiaritätsprinzip diente lange Zeit der Legitimation der engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Nonprofit-Sektor vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziale Dienste. Gleichzeitig war diese öffentlich-private Partnerschaft entscheidend für das stetige Wachstum des Sektors in ökonomischer wie arbeitsmarktpolitischer Hinsicht (Zimmer/Priller, 2004, S. 55ff). Mit fast zwei Millionen Mitarbeiter\_innen und knapp 120.000 Einrichtungen bilden die deutschen Wohlfahrtsverbände – Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Gesamtverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland – auch heute noch das ökonomische Schwergewicht des deutschen Nonprofit-Sektors. Allerdings ist die Zusammenarbeit zwischen den Wohlfahrtsverbänden und dem Staat nur noch bedingt durch das Prinzip der Subsidiarität geprägt und auch nur noch bedingt als korporatistisch zu charakterisieren. Korporatismus und Subsidiarität als privilegierte Partnerschaft zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden wurden vom

Staat seit Anfang der 1990er Jahre nach und nach zurückgenommen. Längst sind kommerzielle Anbieter im Gesundheits- und Sozialbereich den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände, die lokal als NPO-Dienstleister tätig sind, gleichgestellt (Backhaus-Maul 2019). Staatlicherseits wird heute der Wettbewerb gegenüber der privilegierten Partnerschaft als Steuerungsmodus favorisiert.

Auch diente die enge Kooperation zwischen Staat und NPOs bzw. Verbänden lange Zeit der gesellschaftspolitischen Befriedung. Da die NPOs als Dachverbände die Anliegen ihrer Mitglieder direkt in die Politikgestaltung einbringen konnten, war der Gang auf die Straße (Proteste, Streiks) zumeist nicht erforderlich. Die Länder mit einer korporatistischen Gestaltung der Staat-Verbände-Beziehungen zeichneten sich im internationalen Vergleich durch eine geringe Häufigkeit von Streiks aus (Lehmbruch/Schmitter, 1982). In bestimmten Bereichen hat der Staat in Deutschland wie auch in den Nachbarländern Österreich und der Schweiz in Form von „private interest government“ (Streeck/Schmitter, 1985) die Politikgestaltung sogar gänzlich NPOs überlassen, wie etwa den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im Rahmen der Tarifautonomie. Doch die privilegierte Partnerschaft wurde nicht nur staatlicherseits sukzessive aufgekündigt, ihr wurde auch von der Gesellschaft der Boden entzogen.

## 2.3 MITGLIEDSCHAFT ALS GESELLSCHAFTLICHES STRUKTURMOMENT

Die enge Zusammenarbeit zwischen Staat und NPOs basiert auf zwei grundlegenden gesellschaftlichen Voraussetzungen: 1. Die Gesellschaft zeichnet sich durch einen hohen Organisationsgrad aus; sie ist verbandsstrukturiert und die Verbände sind insofern repräsentativ, als sie weite Teile der Bevölkerung qua Mitgliedschaft umfassen. 2. Individuelle Mitgliedschaft ist ein gesellschaftliches Strukturmoment und dient als Indikator für die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Milieu, das sich durch Solidarität und Homogenität im Hinblick auf eine spezifische politisch-normative Orientierung auszeichnet. Das katholische und das sozialdemokratische – mit Abstrichen auch das liberale –

waren die sozialen Milieus, die in Deutschland wie auch in den Nachbarländern infolge gesellschaftlicher Modernisierung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden und bis in die jüngste Vergangenheit wirkungsmächtig waren.

Hierbei bildet das breite Spektrum der NPOs als Mitgliederorganisationen – lokale Vereine, Bezirksvertretungen, Ortsgruppen sowie auch Kirchengemeinden – die Basis und Infrastruktur der sozialen Milieus. Ihre jeweiligen Verbände übernehmen die Interessenvertretung auf den verschiedenen politischen Ebenen. Die direkte Einbindung in die Politik obliegt bis in die jüngste Zeit den milieuspezifischen Parteien, der CDU/CSU und der SPD als Volksparteien in Deutschland, wobei auf allen Ebenen eine enge Verbindung und personelle Verflechtung zwischen Parteien, Verbänden und Vereinen besteht. So war eine der vier Mütter des Grundgesetzes<sup>1</sup>, Frieda Nadig, langjährige Geschäftsführerin des AWO-Bezirks Ostwestfalen-Lippe; Barbara Stolterfoth war eine engagierte Sozialpolitikerin, hessische Landtagsabgeordnete und erste kommunale Frauenbeauftragte in Kassel sowie in den 1980er Jahren auch erste Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Für die enge Verbindung von Gewerkschaftstätigkeit und Engagement in der SPD stehen u. a. die ehemaligen Minister Walter Riester (IG-Metall) und Walther Arendt (IG Bergbau und Energie).

Die NPOs übernehmen als Dachverbände Kopplungsfunktionen, indem sie die dezentralen politischen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen miteinander verbinden und gesellschaftlich rückkopplern. Danach waren die Staat-NPO-Beziehungen in Deutschland lange Zeit so gestaltet, dass der dezentralen Politik des deutschen Föderalismus mittels NPOs eine konzertierte Gesellschaft als Ausgleich gegenübergestellt war (Katzenstein 1987).

Durch diese Verbands- und Parteistrukturierung, die auf Mitgliedschaft als gesellschaftliches Strukturmoment basiert, haben NPOs und der Nonprofit-Sektor insgesamt eine zentrale Bedeutung für gesellschaftliche Integration, Interessenausgleich, Demokratie und

soziale Dienstleistungserstellung. Die Legitimation des NPO-Sektors als Partner der Politik, und zwar im Hinblick auf soziale Dienstleistungserstellung („welfare partnership“) wie auch auf Mitregierung („private interest government“), basiert auf der Bodenhaftung seiner Organisationen in Form sowohl von Mitgliedschaft als auch der Bereitschaft der Mitglieder zur Übernahme von Verantwortung in Leitungs- und Führungsposition von NPOs. Diese Form der Einbindung des Sektors und seiner NPOs setzt gleichzeitig von Seiten der Politik voraus, dass als primärer Steuerungsmodus von Politikgestaltung und -umsetzung nicht in erster Linie auf Wettbewerb und Konkurrenz rekurriert wird, sondern eben die privilegierten Partner – die Dachverbände des Sektors und ihre NPO-Mitgliederorganisationen – einen Sonderstatus genießen und im Rahmen von Politikgestaltung und -umsetzung nicht unter Konkurrenz gesetzt werden. Sind beide Bedingungen – die Bodenhaftung der NPOs in Form der Repräsentation großer gesellschaftlicher Gruppen aufgrund von NPO-Mitgliedschaft sowie der Schutz vor Konkurrenz als Interessenvertreter sowie als soziale Dienstleister – nicht mehr erfüllt, so ist der privilegierten Partnerschaft zwischen Staat und NPOs sowie deren korporatistischer und subsidiärer Einbettung der Boden entzogen.

Wie im Folgenden noch verdeutlicht wird, ist dies in Deutschland inzwischen weitgehend der Fall. Der privilegierten Partnerschaft fehlt es inzwischen sowohl an der Bodenhaftung durch stabile Mitgliederbindung als auch an der Unterstützung von Seiten der Politik. Dabei haben der Bedeutungsverlust von Mitgliedschaft als gesellschaftsstrukturierendes Moment und die Umsteuerung staatlicher Politik im Sinne des Neo-Liberalismus, der auf Konkurrenz unter Anbietern setzt und NPOs keine Privilegien einräumt, bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eingesetzt. Entsprechendes gilt für die Erosion der sozialen Milieus, deren zentralen Großorganisationen zunehmend die „Stammkunden“ (Streeck, 1987) verloren gegangen sind. Inzwischen zieht sich der Mitgliederverlust durch alle gesellschaftlichen Bereiche und zeigt sich in besonderem Maße bei den Kirchen, Parteien und Gewerkschaften in Deutschland (vgl. Tabelle 1).

[1] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Mütter des Grundgesetzes, Berlin: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94392/5f5dbcc652b641866d6f3b5b5057be53/muetter-grundgesetz-data.pdf> (abgerufen am 23.05.2022)

**TABELLE 1: Mitgliedschaften in Kirchen, Parteien und Gewerkschaften 2000-2019 (in Tausend) und Veränderungen (in Prozent)**

JAHR	KIRCHEN <sup>1</sup>		PARTEIEN <sup>2</sup>		GEWERKSCHAFTEN <sup>3</sup>	
	Mitglieder	Veränderung zum Jahr 2000 (%)	Mitglieder	Veränderung zum Jahr 2000 (%)	Mitglieder	Veränderung zum Jahr 2000 (%)
2000	53.431	–	1.725,2	–	7.899,0	–
2005	51.256	– 4,1	1.504,8	– 12,8	6.778,4	– 14,2
2010	48.547	– 9,1	1.356,0	– 21,4	6.193,3	– 21,6
2015	46.034	– 13,8	1.219,6	– 29,3	6.095,5	– 22,2
2019	43.313	– 18,9	1.221,9	– 29,2	5.935,0	– 24,9

Datenbasis: **1** Katholische und Evangelische Kirche. Quelle: Statistisches Jahrbuch, Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge.

**2** Mitglieder der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Quelle: Niedermayer, Oskar (2020): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31, Berlin.

**3** Gewerkschaftsmitglieder, Deutscher Gewerkschaftsbund. Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Besonders deutlich zeigen sich die Verluste bei der SPD als traditionsreicher Mitgliederpartei. Hatte die Partei im Jahr 2000 noch 734.667 Mitglieder und damit beinahe die Hälfte aller Parteimitglieder in Deutschland, so waren es im Jahr 2019 nur noch 419.340.<sup>2</sup> Doch nicht nur als Mitgliederorganisationen und damit als gesellschaftsstrukturierendes Moment haben NPOs an Bedeutung eingebüßt, auch als soziale Dienstleister sind sie längst nicht mehr privilegiert, sondern weitgehend mit der kommerziellen Konkurrenz gleichgestellt (Backhaus-Maul 2019). Wie in Folge noch gezeigt wird, hat die Zurücknahme des Subsidiaritätsprinzips in den Sozialgesetzen dazu geführt, dass seit Beginn der 1990er Jahre in klassischen NPO-Dienstleistungsbereichen, wie z. B. bei der Betreuung von Senior\_innen, neben NPOs wie der AWO zunehmend neue Anbieter hinzugekommen sind, vor allem privat-kommerzielle.

Die Auswirkungen und konkreten Folgen der vielfältigen Veränderungsprozesse für den Sektor und die NPOs zeichnen sich in der Berichterstattung über den Sektor und seine Organisationen noch nicht vollumfänglich ab. Dies ist vor allem der defizitären Datenlage und Berichterstattung über den Sektor geschuldet. Infolgedessen werden Veränderungen, die die interne Governance von NPOs – wie z. B. die Professio-

nalisation der Leitungsstrukturen oder die Prekariisierung der Beschäftigungsverhältnisse – nur bedingt oder gar nicht systematisch erfasst. Auch sind die Langzeitfolgen der Pandemie für den Sektor noch nicht abzuschätzen. Erste empirische Untersuchungen (Zimmer/Priller, 2019b; ZiviZ, 2021; Schrader 2021) deuten darauf hin, dass die Pandemie sich besonders negativ auf mitgliederbasierte NPOs wie Sport- und Freizeitvereine auswirkt und damit zu einem weiteren Bedeutungsverlust der integrativen Funktion des NPO-Sektors führen kann. Es ist davon auszugehen, dass die Konkurrenz unter den Anbietern auf den Sozial- und Gesundheitsmärkten noch zunehmen und in der Folge die Ökonomisierung der NPO-Dienstleister sich weiter intensivieren wird. Als Themenanwälte und Interessenvertretung haben die NPOs als Dachverbände aufgrund des Bedeutungsverlustes korporatistischer Politikgestaltung bereits seit längerem an politischer Wirkungsmacht eingebüßt. In vielen Bereichen sind sie nicht mehr die privilegierten Ansprechpartner der Politik, sondern mit der Konkurrenz, den Dachorganisationen der kommerziellen Dienstleister, gleichgestellt, wenn nicht sogar nachgeordnet. Während der Nonprofit-Sektor als Themenanwalt eher an Bedeutung verliert, ist der Ruf nach einem starken Staat gerade in der Krisenzeit der Pandemie lauter geworden. Es scheint, als ob der

[2] Vgl. de.statista: Anzahl der Parteimitglieder der SPD 1990 bis 2019: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/> (abgerufen am 23.05.2022)



Nonprofit-Sektor seine Funktion als Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft nur noch eingeschränkt erfüllt und es daher zu einer stärkeren Politisierung der Zivilgesellschaft in Form eines verstärkten Protestgeschehens kommt. Diese Entwicklung spiegelt sich allerdings erst bedingt im quantitativen Bild des Sektors wider, dem im Folgenden ein kurzer Überblick der verschiedenen Rechts- und Organisationsformen des Sektors vorangestellt wird.



# 3. RECHTSFORMEN DES DEUTSCHEN NONPROFIT-SEKTORS UND GEMEINNÜTZIGKEIT

## 3.1 MITGLIEDER- UND KAPITAL-BASIERTE RECHTS- UND ORGANISATIONSFORMEN

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern (u. a. Großbritannien, Italien, Spanien) gibt es in Deutschland keine eigenständige Rechtsform für NPOs. Im Grundsatz können alle Rechtsformen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zur Organisation gemeinnütziger Zwecke herangezogen werden. Durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit wird eine Organisation zur NPO. Diese erfolgt durch das zuständige Finanzamt und bedeutet, dass die betreffende Organisation von der Körperschaftssteuer befreit ist. Üblich sind im deutschen NPO-Sektor die mitgliederbasierten Rechts-/Organisationsformen Verein und Genossenschaft sowie die kapitalbasierten Rechts-/Organisationsformen Stiftung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und Aktiengesellschaft (Hummel/Pfirter/Strachwitz, 2022, S.33–44).

Der Verein bzw. der Idealverein ohne wirtschaftliche Zwecke ist die häufigste Rechts- und Organisationsform im deutschen NPO-Sektor. Demgegenüber ist die Anzahl gemeinnütziger Genossenschaften in Deutschland immer noch sehr klein. Von den kapitalbasierten Organisations- und Rechtsformen hat die Stiftung bürgerlichen Rechts für den Sektor in den letzten Jahrzehnten an Relevanz gewonnen. Entsprechendes trifft auf die GmbH zu, die sich als gGmbH zunehmender Beliebtheit bei NPOs im Bereich soziale Dienstleistungen erfreut. Eine Unterorganisationsform der GmbH stellt die haftungsbeschränkte Unternehmensgesellschaft (UG) dar, die ohne Stammkapital gegründet werden kann, aber bisher nicht häufig gewählt wird und daher zahlenmäßig für den NPO-Sektor derzeit noch nicht von Bedeutung ist. Dies gilt auch für die gemeinnützige Aktiengesellschaft (gAG), für deren Gründung ein Grundkapital von mindestens 50.000 Euro, differenziert in Aktien, erforderlich ist. Die Rechtsform war im 19. Jahrhundert für die Trägerschaft Zoologischer Gärten (vgl. Berliner Zoo) beliebt. Heute sind gemeinnützige AGs eher eine Seltenheit.

**TABELLE 2: Rechts- und Organisationsformen von NPOs in Deutschland**

MITGLIEDERBASIERT	KAPITALBASIERT
Eingetragener Verein (e.V.)	Stiftung des Privatrechts
	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
	haftungsbeschränkte Unternehmensgesellschaft (UG)
	Gemeinnützige Aktiengesellschaft (gAG)
	Gemeinnützige Genossenschaft (gGe)

## 3.2. GEMEINNÜTZIGKEIT ALS KATEGORIE DES STEUERRECHTS

In den beschriebenen Rechtsformen geführte Organisationen werden zu NPOs, wenn sie von dem zuständigen Finanzamt als gemeinnützig anerkannt werden. Die **Gemeinnützigkeit** ist eine Kategorie des Steuerrechts. Formal-rechtlich wird die Zugehörigkeit zum NPO-Sektor in Deutschland gleichgesetzt mit der Befreiung der Organisation von der Körperschaftsteuer. Die Befreiung wird gewährt bei Erfüllung spezifischer, im Steuerrecht (Abgabenordnung) festgelegter Kriterien. Bei Einrichtung der NPO ist im Gründungsdokument, z.B. der Vereinssatzung oder dem Stiftungsbrief, auf die in der Abgabenordnung als gemeinnützig anerkannten Zwecke Bezug zu nehmen. Anderenfalls wird die Organisation als NPO bzw. als gemeinnützige Organisation von der betreffenden amtlichen Stelle nicht anerkannt und die NPO nicht in das betreffende Register (geführt beim Amtsgericht oder Regierungspräsidium) eingetragen. Die Anerkennung als gemeinnützige Organisation impliziert die Berechtigung zur Ausstellung von Spendenquittungen. Das jeweilige Finanzamt überprüft, ob die Arbeit der NPO mit ihren Zielen übereinstimmt, ob sie die in der Abgabenordnung festgelegten Zwecke einhält und ob sie rechtmäßig geführt und verwaltet wird.

Da die Behörden über Ermessungsspielräume verfügen und die Abgabenordnung je nach Standort im Einzelfall unterschiedlich auslegen kann, bestehen hinsichtlich der konkreten Auslegung der Gemeinnützigkeit beachtliche regionale Unterschiede. Dieser Sachverhalt sowie die Ausbuchstabierung der Gemeinnützigkeit in der Abgabenordnung stehen bereits seit längerem in der Kritik. Ferner ist in jüngster Zeit zunehmend umstritten, ob und inwiefern NPOs direkt politisch tätig werden können. So wurde der globalisierungskritischen NPO Attac durch das oberste deutsche Gericht für Steuerangelegenheiten (Bundesfinanzhof) die Gemeinnützigkeit unter Hinweis darauf entzogen, dass die Einflussnahme auf politische Willensbildung und öffentliche Meinung

gemäß Abgabenordnung nicht unter die gemeinnützigen Zwecke falle und nur Angelegenheit der Parteien sei.<sup>3</sup> Der Sachverhalt befindet sich noch in Klärung, da bisher noch nicht abschließend entschieden wurde, ob jegliches politisches Engagement, z.B. die Durchführung von Kampagnen oder eine auf politische Sachverhalte bezogene Aufklärung, ebenfalls nicht unter die Gemeinnützigkeitsregelungen fällt. Eine diesbezügliche Entscheidung hat die aktuelle Bundesregierung (Koalitionsvertrag, 2021, S. 117, 167) in Aussicht gestellt. Das Bundesfinanzministerium hat aktuell in einem Anwendungserlass zur Abgabenordnung klargestellt, dass Politik keinen eigenständigen steuerbegünstigten Zweck darstellt. Gleichzeitig wurde vom Ministerium eingeräumt, dass es NPOs erlaubt ist und ihre Gemeinnützigkeit nicht gefährdet, wenn sie im Dienst ihrer steuerbegünstigten Zwecke gemäß Abgabenordnung versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und sich hierbei parteipolitisch neutral verhalten (vgl. FAZ, 2022, S. 20).

Der Klärungsbedarf bzw. die rechtliche Auseinandersetzung darüber, ob, wie und in welchem Rahmen sich NPOs politisch engagieren können, ist ein Indiz für ein Ende der privilegierten Partnerschaft zwischen Staat und NPOs. Während zwischen NPOs und Markt in Deutschland traditionell eine strikte Grenze gezogen und darauf geachtet wird, dass Unternehmen durch NPOs keine Wettbewerbsnachteile entstehen, deutet einiges darauf hin, dass gerade das politische Engagement von NPOs vom Staat zunehmend kritisch betrachtet wird (vgl. Hummel, Pfirter, Strachwitz, 2022, S. 78).

[3] <https://www.bundesfinanzhof.de/de/presse/pressemeldungen/detail/gemeinnuetzigkeit-und-politische-betaetigung/> (abgerufen am 23.05.2022)

# 4. DAS QUANTITATIVE BILD DES DEUTSCHEN NONPROFIT- SEKTORS

## 4.1 DIE AKTUELLE DATENLAGE

Die Datenlage zum Nonprofit-Sektor ist nach wie vor unbefriedigend. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Es erschwert eine statistische Dauerbeobachtung des Sektors, dass es keine eigene Rechtsform für NPOs gibt. Hinzu kommt der Umstand, dass NPOs dezentral registriert sind und die Kontrolle maßgeblich durch die 542 lokalen Finanzämter erfolgt. Trotz vielfältiger Bemühungen hat sich die amtliche Statistik in Deutschland bisher nicht der Beobachtung des Sektors angenommen und die systematische Erfassung anhand des *UN-Handbook on Nonprofit-Institutions in the System of National Accounts* (United Nations, 2003) in das statistische System implementiert. Den Auftrag, die Nonprofit-Thematik in der amtlichen Statistik zu berücksichtigen, muss allerdings die Politik erteilen. Denn amtliche Statistik ist kein Selbstzweck, sondern eine wichtige Dienstleistung für Politik und Gesellschaft. Die Datenlage ist daher nach wie vor desperat. Ein umfassender Überblick über die verschiedenen Datenquellen, deren Wertig- und Verfügbarkeit sowie über die bisher zum deutschen NPO-Sektor durchgeführten Studien findet sich in dem Handbuch *Zivilgesellschaft* (Strachwitz/Priller/Triebe, 2020, S.103-136).

## 4.2 ZUR GRÖSSE DES DEUTSCHEN NONPROFIT-SEKTORS

Die wirtschaftliche Relevanz des Sektors hat über die letzten Jahrzehnte betrachtet ständig zugenommen. Dies zeigt sich an der Entwicklung sowohl der Arbeitsplätze als auch des Umsatzes des Sektors. Vor der Wie-

dervereinigung hatte der Sektor in Westdeutschland 1,3 Millionen Arbeitsplätze; Mitte der 1990er Jahre war die Anzahl im vereinigten Deutschland bereits auf 2,1 Millionen gestiegen, 2007 lag die Zahl nach Angaben des IAB-Betriebspanels bereits bei 3,4 Millionen und 2016 bei 3,7 Millionen. Allerdings war dies nicht mit einer entsprechenden Entwicklung von Vollzeitarbeitsplätzen verbunden. Wie noch gezeigt wird, ist der Anstieg der Beschäftigungszahlen im deutschen Nonprofit-Sektor insbesondere auf die deutliche Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen zurückzuführen.

Auch haben sich die Gesamtausgaben des Sektors beträchtlich erhöht. Seit dem Jahr 1995, für das erstmals Angaben zum wiedervereinigten Deutschland vorliegen, sind die Gesamtausgaben des Sektors bis zum Jahr 2016 um 150 Prozent gestiegen. Allerdings relativiert sich dieser bemerkenswerte Anstieg, wenn man ihn in Bezug zur Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft in Deutschland setzt. Dieser Wert ist für die Gesamtwirtschaft in dem betreffenden Zeitraum auf 176 Prozent gestiegen. Der arbeitsmarktpolitische und der ökonomische Stellenwert des Sektors haben sich somit nicht gleichmäßig entwickelt. Die Zuwächse bei der NPO-Beschäftigung sind, wie noch gezeigt wird (Tab. 5), u.a. vor allem auf die Zunahme flexibler Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen. Schließlich hat sich der Anteil der Ausgaben des Nonprofit-Sektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht wesentlich verändert; er ist aber leicht rückläufig, was tendenziell auf eine zurückgehende Bedeutung des NPO-Sektors für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland schließen lässt (vgl. Tabelle 2).

**TABELLE 3: Beschäftigung und Ausgaben im deutschen Nonprofit-Sektor**

	1990 (NUR FRÜHERES BUNDESGBIET)	1995	2007	2016
Beschäftigte im Nonprofit-Sektor (in Mio.)	1,3	2,1	2,9* (3,4**)	3,7**
Anteil der Beschäftigung des Nonprofit-Sektors an der Gesamtwirtschaft (in %)	3,74	4,93	9,0	11,7
Gesamtausgaben des Nonprofit-Sektors (in Mio. Euro)	47.763	69.229	89.000	103.828***
Anteil der Ausgaben des Nonprofit-Sektors am Bruttonsozialprodukt (in %)	3,9	3,9	4,1	3,2***
Anteil der Ausgaben des Nonprofit-Sektors am Bruttoinlandsprodukt (in %)	3,7	3,7	3,4	3,3
Index: Gesamtausgaben/Umsatz je Beschäftigter	36.741	32.966	30.690	27.500***

\* Unternehmensregister: sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte (Voll- und Teilzeit). Bei den Beschäftigten sind keine Praktikant\_innen, Leiharbeiter\_innen, freie Mitarbeiter\_innen und Teilnehmer\_innen an Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sogenannte Ein-Euro-Jobs) mitgezählt.

\*\* IAB-Betriebspanel: sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte

\*\*\* extrapolierter Wert

Quelle: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland: 1990, 1995; Rosenski (2012): 2007, IAB-Betriebspanel: 2016

Hinsichtlich der Nettowertschöpfung ist der Beitrag des Sektors zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit etwa 2,7 bis 3 Prozent zu beziffern. Diese Angaben enthalten nicht den Wert der freiwilligen oder ehrenamtlichen Arbeit. Wird der Wert dieser Arbeit einbezogen, erhöht sich der Beitrag des Nonprofit-Sektors an der Wertschöpfung, je nach zugrunde gelegtem Berechnungsschema, auf 4 bis 5 Prozent.<sup>4</sup>

Betrachtet man die Entwicklung der Gesamtausgaben des NPO-Sektors, dann zeigt sich ein beachtlicher Anstieg. Für das Jahr 2007 wird die Bruttowertschöpfung des NPO-Sektors auf Grundlage von methodischen Berechnungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch das Statistische Bundesamt mit gut 89 Milliarden Euro angegeben. Gemessen an der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland waren dies 4,1 Prozent, was in etwa dem Anteil des Fahrzeugbaus oder des Baugewerbes entspricht (vgl. Rosenski 2012, S. 217). Der für 2016 mit rund 103 Milliarden Euro hochgerechnete Wert sinkt allerdings auf einen Anteil von 3,2 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung. Über den betrachteten Zeit-

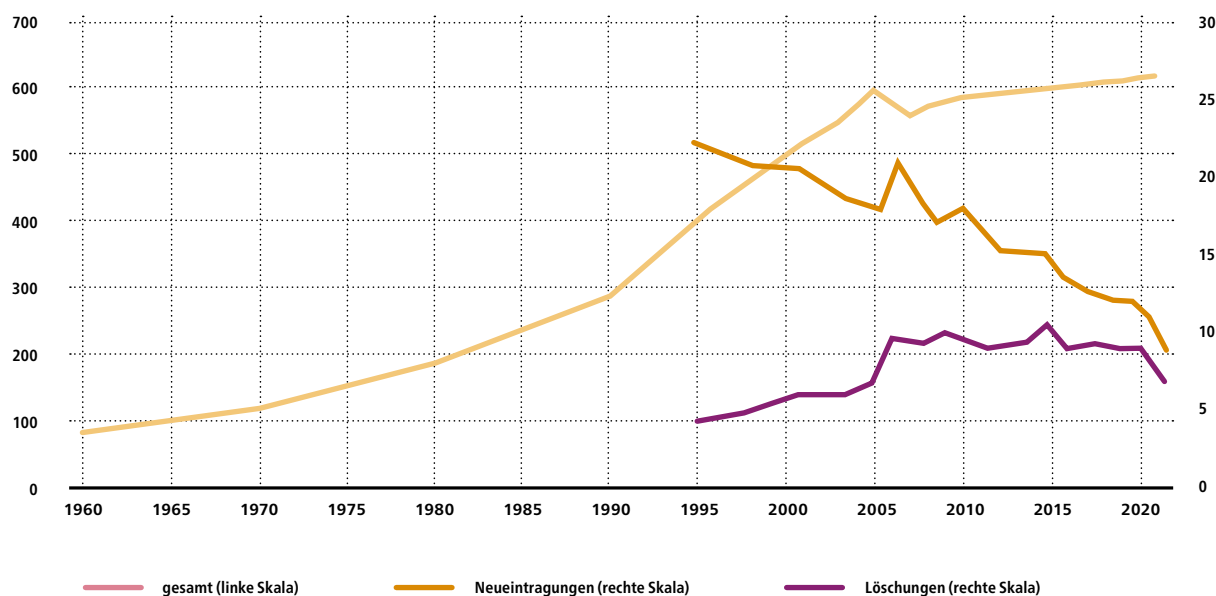
raum zeigt sich auch, dass der Anteil des NPO-Sektors am Bruttoinlandsprodukt, also an der wirtschaftlichen Entwicklung, sinkt. Während der Anteil des Sektors am BIP in den 1990er Jahren bei 3,7 Prozent lag, fiel er für das Jahr 2007 auf 3,4 Prozent und für 2016 auf 3,3 Prozent.

### 4.3 ZUSAMMENSETZUNG NACH RECHTSFORMEN UND BRANCHEN

Insgesamt hat der Nonprofit-Sektor in Deutschland eine bemerkenswerte Wachstumsphase durchlaufen, und zwar sowohl gemessen an der Anzahl seiner Organisationen und NPO-Beschäftigten als auch hinsichtlich der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Allerdings gibt es Hinweise auf ein Ende der Boomphase oder zumindest auf eine Stagnation des Gründungsgeschehens bei den Organisationen und tendenziell auch auf eine gewisse Sättigung bei der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.

[4] Das am häufigsten verwendete Berechnungsmodell folgt dem Substitutionskostenansatz und bewertet ehrenamtlich geleistete Arbeitszeit mit den durchschnittlich zu bezahlenden Arbeitskosten entweder für die Gesamtwirtschaft oder branchenspezifisch.

**ABBILDUNG 1: Eintragungen und Löschungen von Vereinen in den Vereinsregistern sowie Gesamtanzahl der Vereine 1960-2021 (in Tausend)**



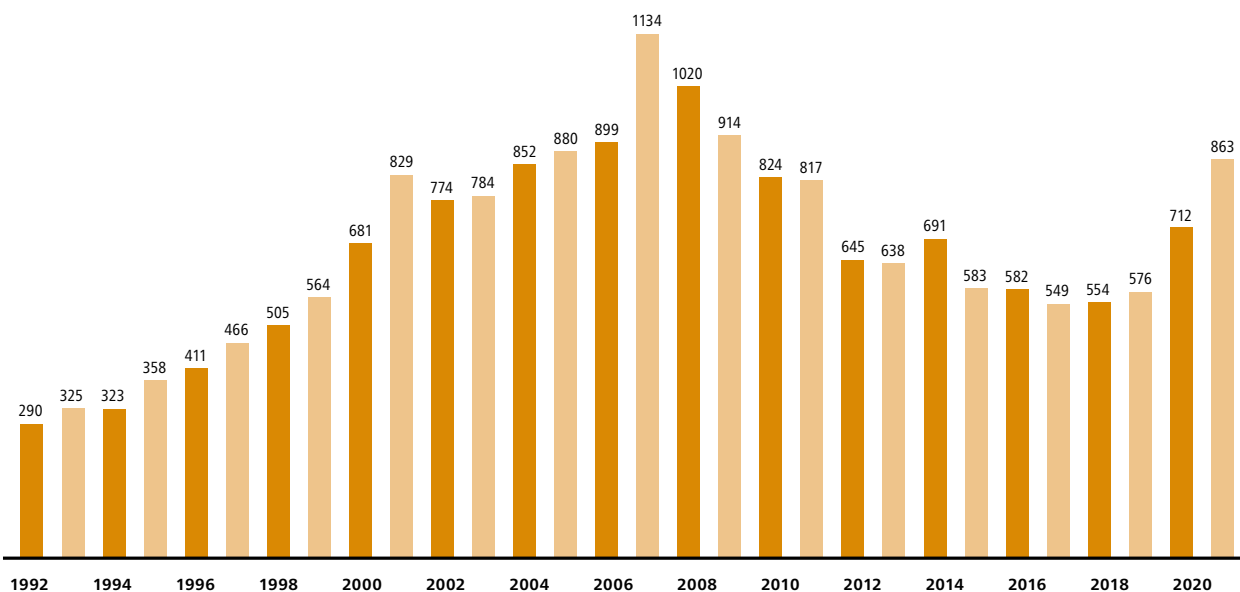
Quelle: Johns Hopkins Project, Bundesamt für Justiz

### 4.3.1 Mitgliederbasierte NPOs: Vereine und Genossenschaften

Der Verein bzw. der Idealverein ohne wirtschaftliche Zwecke ist die häufigste Organisationsform des Nonprofit-Sektors in Deutschland. Zur Vereinsgründung sind mindestens sieben Personen erforderlich. Die Satzung wird durch die lokalen Amtsgerichte geprüft, die auch die Vereinsregister führen. In den zurückliegenden Jahrzehnten waren die Zuwächse bei den Vereinen beachtlich (vgl. Abbildung 1). Allerdings ist in den letzten Jahren eine Abflachung des Gründungsgeschehens und eine Zunahme bei den Vereinslöschungen festzustellen. Gleichwohl ist die Anzahl der Vereine mit 616.000 im Jahr 2021 weiterhin sehr hoch, ebenso wie die Vereinsdichte. Während 1960 nur 160 Vereine je 100.000 Einwohner\_innen gezählt wurden, waren es 2011 rund 700 und 2019 rund 734. Die steigende Zahl der Vereine reflektiert die fortschreitende Differenzierung gesellschaftlicher Interessen und die zunehmende Heterogenisierung der Bevölkerung, aber auch einen wachsenden Gestaltungsanspruch. Weit weniger häufig vertreten sind im deutschen Nonprofit-Sektor Genossenschaften. Für ihre Gründung sind drei Personen erforderlich; der Eintrag ist beim Amtsgericht vorzunehmen. Ein Grund für die

vergleichsweise geringe Attraktivität der Rechtsform liegt darin, dass in Deutschland die Mitgliedschaft der Genossenschaft in einem genossenschaftlichen Prüfverband verpflichtend und mit relativ hohen Mitgliedsgebühren verbunden ist. Allerdings wurde durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2007 die gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Rechtsform Genossenschaft stärker akzentuiert, so dass den klassischen Grundsätzen der Genossenschaftsidee – Kooperation, Gegenseitigkeit und Demokratie – wieder mehr Aufmerksamkeit zukommt. Gerade im lokalen Kontext haben gemeinwohlorientierte Genossenschaften neue Arbeitsbereiche für sich erschlossen und sich u.a. genuin kommunaler Aufgaben angenommen, etwa der Wasserversorgung. Auch den Bereich der Ökologie haben gemeinnützige Genossenschaften für sich entdeckt und sind als Energiegenossenschaften verstärkt in der alternativen Energiegewinnung aktiv. Die Anzahl der Genossenschaften liegt laut Genossenschaftsregister für 2019 bei rund 8.700, davon sind ca. 10 Prozent als gemeinnützig einzustufen. Obgleich sich Neueintragungen und Löschungen im Genossenschaftsregister fast die Waage halten, ist es doch zu strukturellen Veränderungen im Genossenschaftsbereich gekommen:

**ABBILDUNG 2: Eintragungen und Löschungen von Vereinen in den Vereinsregistern sowie Gesamtanzahl der Vereine 1960-2021 (in Tausend)**



Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen 2022

Während der Anteil von Produktivgenossenschaften mit eher wirtschaftlicher Ausrichtung sinkt, steigt der Anteil jener mit gemeinnütziger Ausrichtung (Thüring/Hanisch, 2021; Zimmer/Priller 2019a).

#### 4.3.2 Kapitalbasierte NPOs: Stiftungen, gGmbHs, gUGs

Eine zunehmend beliebte Rechts- und Organisationsform des NPO-Sektors in Deutschland ist die Stiftung. Für die Errichtung einer **Stiftung** ist eine Mindestkapitalausstattung von 50.000 Euro vorgeschrieben; Prüfung und Eintrag ins Stiftungsregister werden durch das jeweilige Regierungspräsidium vorgenommen. Möglich sind Stiftungsgründungen öffentlichen und privaten bzw. bürgerlichen Rechts. Die Stiftungen bürgerlichen Rechts zählen zum NPO-Sektor. In Deutschland gibt es eine rege Gründungsaktivität sowohl bei öffentlichen wie bei privaten Stiftungen (vgl. Abbildung 2).

Nach Angabe des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen betrug Ende des Jahres 2021 die Anzahl der

Stiftungen in Deutschland insgesamt 24.650, davon hatten drei Viertel die Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts (Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2021, S. 15). Der Stiftungssektor in Deutschland ist überwiegend durch private Stiftungen geprägt, die i.d.R. über eine eher kleine Ausstattung mit Kapital- oder Sachmitteln verfügen und aufgrund ihrer geringen Kapitalerträge nur in einem eng begrenzten Wirkungsraum agieren.

Demgegenüber sind die Stiftungen öffentlichen Rechts finanziell i.d.R. deutlich besser ausgestattet. Die Rechtsform der Stiftung wird von der öffentlichen Hand zunehmend zur Organisation von Aufgaben eingesetzt, die bürgernah gestaltet werden sollen oder bei denen mehrere Gebietskörperschaften beteiligt sind, wie etwa bei der jüngst errichteten Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt<sup>5</sup> oder bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz<sup>6</sup>. Die öffentlichen Stiftungen arbeiten mit jährlichen Zuwendungen der öffentlichen Hand, z.B. aus dem Bundeshaushalt oder den Haushalten der Länder.

[5] <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de>

[6] <https://www.preussischer-kulturbesitz.de>



Gegenüber der Anzahl der Stiftungen im Jahr 2001, die vom Bundesverband mit 10.503 angegeben wird, hat sich die Zahl der Stiftungen im Jahr 2021 mehr als verdoppelt. Von 2001 bis 2011 lag die Zahl der jährlichen Neugründungen bei über 700, 2007 wurde mit 1.134 neuen Stiftungen der bisherige Spitzenwert erreicht. In den folgenden Jahren flachte sich das Gründungsgeschehen ab und pendelte sich bei um die 600 neuen Stiftungen pro Jahr ein. Die Spitzenwerte bei den Neugründungen weisen auf den besonderen Einfluss der staatlichen Reformen in den Jahren 2000/2002 und 2007 hin: Formale und organisatorische Regelungen zur Gründung von Stiftungen wurden vereinfacht und die Steuerabzugsfähigkeit bei der Einbringung von Stiftungskapital heraufgesetzt, was sich stimulierend auf das Gründungsgeschehen auswirkte. Im Jahr 2020 wurden 712 neue Stiftungen gegründet, 2021 sogar 863, also deutlich mehr als in den Vorjahren. Inwiefern das als Reaktion auf die besondere gesellschaftliche Problemlage zu bewerten ist und mit der Corona-Pandemie in Verbindung steht, ist eine noch offene Frage.

Die überwiegende Mehrheit der Stiftungen wird mit einem vergleichsweise geringen Kapitalstock errichtet. Bei 37 Prozent der neu errichteten Stiftungen liegt dieser unter 100.000 Euro. Da außerdem bei einem beachtlichen Anteil der Stiftungen (46 Prozent) das Gründungskapital über 100.000, aber unter einer Million Euro beträgt, werden insgesamt 83 Prozent der Stiftungen mit einem Kapital unter einer Million Euro errichtet (Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2021, S. 16). Die geringe Kapitalisierung ist typisch für den deutschen Stiftungssektor. Auch bei den bereits bestehenden Stiftungen liegt bei 63 Prozent das Stiftungskapital derzeit unter einer Million Euro. Nur rund 8 Prozent der deutschen Stiftungen verfügen über ein Stiftungskapital von 10 Millionen Euro und mehr (Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2021, S. 17). Bei der Festlegung der Stiftungszwecke ist eine eher konservative Grundhaltung typisch für deutsche Stiftungen. Nach Angaben des Stifterverbandes wird von mehr als der Hälfte der Stiftungen (51,8 Prozent) als Stiftungszweck eher allgemein das Thema Gesellschaft benannt. Es folgen die Bereiche Bildung mit 34,5 Prozent, Kunst und Kultur mit 31,6 Prozent, Wissenschaft mit 24,3 Prozent sowie Gesundheit und

Sport mit 20,2 Prozent. Weitaus weniger angegeben werden die Bereiche Umwelt (15,3 Prozent), Religion und Kirche (9,7 Prozent) oder Internationales (9,7 Prozent) (Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2021, S. 34).

Eine besondere Stiftungsform, die in der Öffentlichkeit verstärkt Aufmerksamkeit erfahren hat, ist die Bürgerstiftung (Stiftung Aktive Bürgerschaft, 2021). Bürgerstiftungen sind eine Mischung aus Verein und Stiftung, da sie auf Zustiftungen angelegt sind, stark von bürgerschaftlichem Engagement getragen werden und auf lokaler Basis eine Vielfalt von Projekten durchführen, meist in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe sowie Bildung. Auch Bürgerstiftungen sind kapitalmäßig in der Regel eher kleine Stiftungen. Ihre Anzahl steigt derzeit nur moderat. Im Jahr 2020 wurde die Zahl der Bürgerstiftungen mit 420 angegeben, von denen die überwiegende Mehrheit (80 Prozent) mit weniger als einer Million Stiftungskapital ausgestattet ist (Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2021, S. 44).

Als unternehmensförmige Rechtsformen für die Organisation gemeinnütziger Zwecke ist die **gGmbH** in Deutschland auf dem Vormarsch. Für die Gründung einer **GmbH** sind eine Kapitalausstattung von mindestens 25.000 Euro sowie ein notariell beglaubigter Gesellschaftervertrag notwendig. Eingetragen wird die GmbH in das beim Amtsgericht geführtem Handelsregister. Die Gemeinnützigkeit wird vom zuständigen Finanzamt anerkannt. Die gGmbH wird insbesondere von den im Sozial- und Gesundheitsbereich tätigen NPOs favorisiert. Auch größere Vereine, die im Bereich Sport und Freizeit tätig sind, lagern ihre wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe in gGmbHs aus. Gründe hierfür sind die stärkere wirtschaftliche Betätigung der Vereine und die damit einhergehende Professionalisierung ihrer Verwaltung. Inzwischen gibt es in Deutschland eine Vielzahl von NPOs in der Rechtsform der gGmbH. Die Handelsregister wiesen im Jahr 2011 insgesamt rund 9.300 gGmbHs aus. Hochrechnungen auf der Grundlage des IAB-Betriebspanels kamen bei den als GmbH organisierten Betrieben, die zugleich gemäß der Abgabenordnung als steuerbegünstigt gelten, für das Jahr 2016 auf eine Zahl von 25.300 gGmbHs (Priemer/Hohendanner/Krebstakies, 2019, S.10). Es ist davon auszugehen, dass der Wachstumstrend bei den gGmbHs sich weiter fortsetzen wird.



Eine Unterorganisation der GmbH stellt die **haftungsbeschränkte Unternehmensgesellschaft (UG)** dar, die im Jahr 2008 mit dem Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts eingeführt wurde und sich ebenfalls gemeinnützig orientieren kann (gUG). Umgangssprachlich wird diese Form der GmbH auch als Mini-GmbH oder Ein-Euro-GmbH bezeichnet, da zu ihrer Gründung keine Mindestkapital-Ausstattung erforderlich ist. Dies macht die UG für den Nonprofit-Sektor attraktiv. Das Stammkapital einer normalen GmbH soll bei der UG durch die Rücklagen aus möglichen Gewinnen angesammelt werden. Im Jahr 2011 belief sich die Anzahl der gUGs auf 175, 2012 waren es bereits 335.

## 4.4 BEREICHE UND BRANCHEN

Der deutsche Nonprofit-Sektor wird in wirtschaftlicher Hinsicht traditionell von den Bereichen Gesundheitswesen und Soziale Dienste dominiert. Hier zeigt sich eine deutliche Kontinuität. Leider ist ein direkter Vergleich der folgenden Angaben zur Branchenspezifität der Beschäftigung im deutschen Nonprofit-Sektor nicht zulässig, da die Angaben des Unternehmensregisters an der volkswirtschaftlichen Klassifikation der Wirtschaftszweige orientiert sind, während der Erfassung im Johns Hopkins Projekt die International Classification of Nonprofit Organizations (ICNPO) zu Grunde lag. Gleichwohl ist eine Tendaussage möglich.

Gemäß den Ergebnissen des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project waren mehr als zwei Drittel (68,1 Prozent) aller Beschäftigten im NPO-Sektor im Erhebungsjahr 1990 in den beiden wohlfahrtstaatlichen Bereichen tätig (Gesundheitswesen 35,8 Prozent, Soziale Dienste 32,3 Prozent). 1995 waren es rund 69,4 Prozent; im Gesundheitswesen ging der Anteil 1995 auf 31 Prozent leicht zurück. Nach Angaben aus dem Unternehmensregister waren im Jahr 2014 im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen insgesamt 61 Prozent der Beschäftigten des Nonprofit-Sektors tätig. 16,7 Prozent der Beschäftigten waren nach diesen Angaben in der Interessenvertretung sowie bei kirchlichen und sonstigen religiösen Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport) beschäftigt,

14,4 Prozent im Bereich Erziehung und Unterricht, 1,7 Prozent im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung, 1,4 Prozent in Forschung und Entwicklung sowie 5,0 Prozent in anderen Bereichen des NPO-Sektors.

Zu den NPOs, die die Bereiche Sozial- und Gesundheitswesen des deutschen Nonprofit-Sektors dominieren, zählen die Organisationen und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände. Die folgenden Angaben stammen aus der jüngsten Gesamtstatistik (Berichtsjahr 2016) der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), in der die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Gesamtverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Danach waren 2016 insgesamt 1.912.665 hauptamtliche Mitarbeiter\_innen in den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtsverbände tätig, davon 58 Prozent als Teilzeitkräfte. Die Wohlfahrtsverbände verfügten über 118.623 Einrichtungen und Dienste mit 4.166.276 Betten bzw. Plätzen<sup>7</sup> (vgl. Tabelle 4).

Die Tätigkeitsschwerpunkte der Wohlfahrtsverbände verändern sich gegenwärtig kaum. Über ein Drittel der Angebote sind in der Kinder- und Jugendhilfe, fast zwei Drittel davon in Kindertagesstätten. Über 90 Prozent des Personals sind in der Gesundheits-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe tätig. Die restlichen 10 Prozent entfallen auf Bereiche wie die Familienhilfen oder die Unterstützung für Personen in besonderen sozialen Situationen sowie auf Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe.

Trotz der hohen Zuwächse bei der Anzahl der Einrichtungen wie der Beschäftigten der Wohlfahrtverbände ist die Stellung von NPOs im Sozial- und Gesundheitsbereich in Deutschland nicht mehr unangetastet. Beispielsweise lassen sich im Gesundheitsbereich beachtliche Veränderungen zu Gunsten privat-kommerzieller Krankenhäuser feststellen. Die Anzahl der freigemeinnützigen Krankenhäuser bzw. der NPOs hat

[7] Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.: Gesamtstatistik 2016 – Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege

**TABELLE 4: Wohlfahrtsverbände – Einrichtungen, Rechtsformen, Personal**

JAHR	EINRICHTUNGEN		BETTEN/PLÄTZE		GESAMT-BESCHÄFTIGTE		TEILZEITBESCHÄFTIGTE	
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %
2000	93.566	+ 3	3.270.536	+ 1	1.164.329	+ 4	k.A.	k.A.
2004	98.837	+ 6	3.619.799	+ 11	1.414.937	+ 22	668.106	–
2008	102.393	+ 4	3.699.025	+ 3	1.541.829	+ 8	833.306	+ 25
2012	105.295	+ 3	3.702.245	+/-0	1.673.861	+ 9	946.167	+ 14
2016	118.623	+13	4.166.276	+ 13	1.912.665	+ 14	1.107.870	+ 17

Quelle: Gesamtstatistiken der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., verschiedene Jahrgänge (2004, 2008, 2012, 2016), eigene Berechnungen

**TABELLE 5: Krankenhäuser nach Trägerschaft**

JAHR	KRANKENHÄUSER INSGESAMT	ÖFFENTLICHE KRANKENHÄUSER	FREIGEMEINNÜTZIGE KRANKENHÄUSER	PRIVATE KRANKENHÄUSER
2003	2.197	756	856	545
2005	2.139	751	818	570
2010	2.064	630	755	679
2015	1.956	577	679	700
2018	1.925	552	650	723

Datenbasis: Gesundheitsberichterstattung des Bundes

sich in den letzten 20 Jahren um rund ein Viertel verringert (vgl. Tabelle 5).

Die Anzahl der Krankenhäuser in Deutschland hat sich zwar insgesamt reduziert, der kontinuierliche Rückgang der Anzahl der Krankenhäuser in öffentlicher und NPO-Trägerschaft resultiert aber vor allem aus der beachtlichen Zunahme der Zahl privater Krankenhäuser, die sich im betrachteten Zeitraum um 33 Prozent erhöht hat.

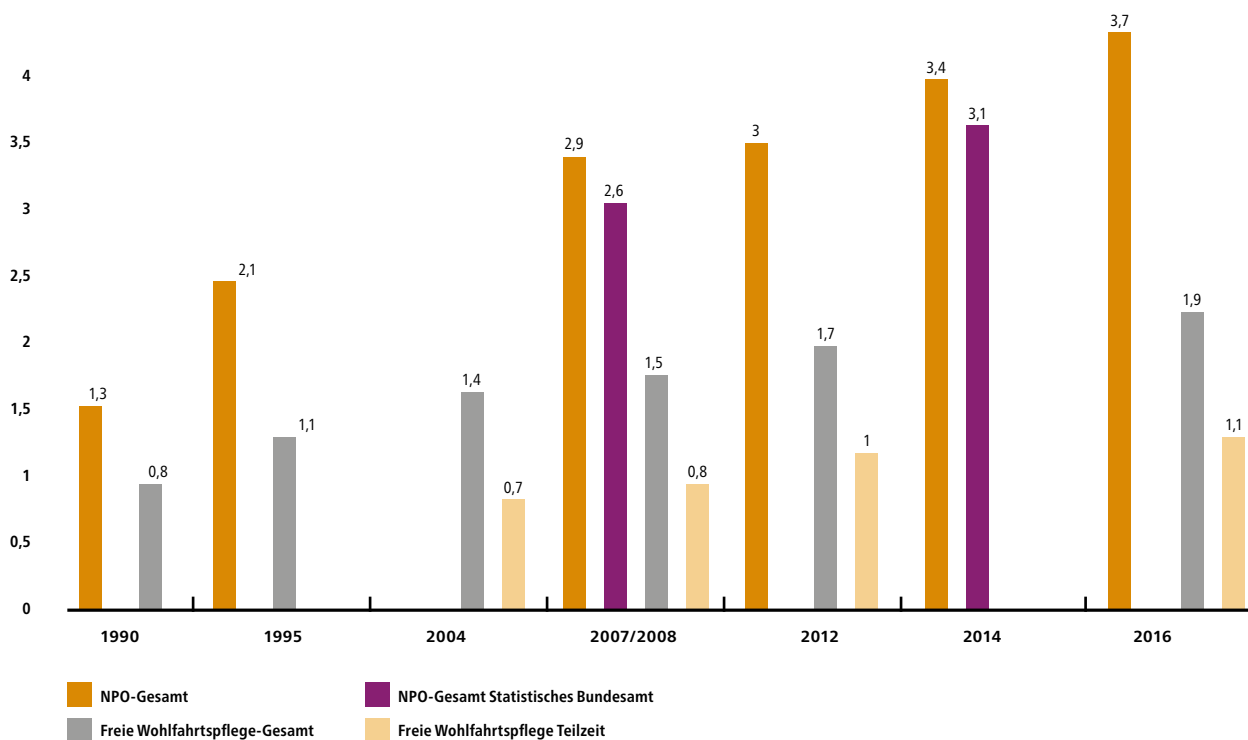
## 4.5 BESCHÄFTIGUNG UND BÜRGER-SCHAFTLICHES ENGAGEMENT IM DEUTSCHEN NONPROFIT-SEKTOR

### 4.5.1 Bezahlte Beschäftigung

Die Entwicklung der Beschäftigung in NPOs ermöglicht nicht nur Rückschlüsse auf die Gesamtgröße des Nonprofit-Sektors, sondern liefert zugleich Hinweise auf strukturelle Veränderungsprozesse wie etwa die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse.

Einen Überblick über die Beschäftigungsentwicklung aus unterschiedlichen Datenquellen bietet Abbildung 3. Insgesamt zeigt sich bis zum Jahr 2016 das Bild einer kontinuierlich wachsenden Zahl von Arbeitsplätzen im NPO-Sektor. Inwiefern dieser Trend bis in die jüngste Zeit anhält und welche Auswirkungen der Corona-Pandemie ggf. zu erwarten sind, muss künftigen Untersuchungen vorbehalten bleiben. Die verschiedenen Datenquellen weisen für den Zeitraum bis 2016 leicht unterschiedliche Werte aus. Bei den Angaben des Statistischen Bundesamtes auf der Basis des Unternehmensregisters ist zu beachten, dass nur ein Teil des Nonprofit-Sektors berücksichtigt wird, und zwar nur diejenigen Organisationen mit entweder mehr als 17.500 Euro versteuerbarem Jahresumsatz oder aber zumindest einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. NPOs, deren Mitarbeiter\_innen überwiegend ohne Bezahlung tätig sind, die aber zweifelsfrei einen wesentlichen Teil der „Infrastruktur“ der Zivilgesellschaft ausmachen und die in den letzten Jahren ein enormes Wachstum erfahren haben, fehlen daher weitgehend. Außerdem sind Beschäftigte bzw. Menschen mit Behinderungen (ca.

**ABBILDUNG 3: : Beschäftigte im Dritten Sektor und in der Freien Wohlfahrtspflege (in Millionen)**



Datenbasis: Johns Hopkins Project, IAB-Betriebspanel, BAGFW-Gesamtstatistiken

350.000 Personen), die in speziellen und überwiegend als NPO geführten Werkstätten tätig sind, in den Berechnungen auf der Grundlage des Unternehmensregisters nicht erfasst.

Die Daten des ZiviZ-Survey<sup>8</sup> von 2017 bestätigen den Trend des Beschäftigungswachstums bei NPOs. Zum einen wird eine steigende Anzahl von Organisationen mit Beschäftigten ausgewiesen, zum anderen ist mit 39,4 Prozent der Anteil der Organisationen, die einen Anstieg der bezahlten Beschäftigung zwischen 2012 und 2017 angeben, weitaus höher als der Anteil derjenigen NPOs, die von rückläufigen Beschäftigtenzahlen berichten (6,6 Prozent). Beschäftigungszuwachs wurde insbesondere bei NPOs der Sozialen Dienste, im Umwelt- und Naturschutz sowie in Bildung und Erziehung festgestellt (vgl. Priemer/Krimmer/Labigne, 2017).

Die Angaben zur Beschäftigung belegen zugleich den hohen Anteil der Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtsverbände an der NPO-Beschäftigung in Deutschland. Im Jahr 2016 ist mit 51,4 Prozent jede zweite Beschäftigte im NPO-Sektor bei den Wohlfahrtsverbänden angestellt. Beschäftigung bei den Wohlfahrtsverbänden ist auf die Bereiche der Gesundheits-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe konzentriert; in diesen Bereichen sind rund 90 Prozent der Beschäftigten der Wohlfahrtsverbände tätig.

Schließlich lässt sich aus den Angaben zur Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung bei den Wohlfahrtsverbänden eine Tendenz der Beschäftigung im NPO-Sektor in Deutschland insgesamt erkennen: Es besteht ein hoher und kontinuierlich gestiegener Anteil an Teilzeitbeschäftigung. Im Jahr 2016 erreichte die Teilzeitbeschäftigung bei den Wohlfahrtsverbänden mit

[8] Der ZiviZ-Survey wird als repräsentative Befragung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland ausgewiesen. Es werden Organisationen in der Rechtsform des Vereins, der Stiftung, der Genossenschaft und der gGmbH untersucht. Am ZiviZ-Survey 2017 beteiligten sich 6.334 Organisationen. Die Rücklaufquote betrug ca. 9 Prozent. Die Befragung wird von der ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) GmbH durchgeführt, einer Tochtergesellschaft des Stifterverbandes.

**TABELLE 6: Anteile von Erwerbsformen im NPO-Sektor und der Gesamtwirtschaft 2007-2016 in Deutschland**

JAHR	TEILZEIT		BEFRISTUNG		GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG		FREIE MITARBEITER_INNEN		LEIHARBEIT	
	NPO-Sektor	Gesamtwirtschaft	NPO-Sektor	Gesamtwirtschaft	NPO-Sektor	Gesamtwirtschaft	NPO-Sektor	Gesamtwirtschaft	NPO-Sektor	Gesamtwirtschaft
2007	42,9	24,1	15,4	7,3	10,4	11,7	3,5	1,8	0,4	1,7
2008	46,5	25,3	16,7	7,6	10,5	11	3	1,6	0,3	2
2009	44,6	24,5	17,2	7,4	10,9	11,6	2,2	1,7	0,4	1,2
2010	48,3	27,2	15,8	7,5	11,1	11,2	3,3	1,8	0,5	1,5
2011	46,5	25,5	17,1	8	11,5	11,5	4,4	1,7	0,5	1,7
2012	49,8	29,2	17,2	8	11,7	12,2	3,5	1,8	0,4	1,5
2013	49,4	29,2	17,3	7,8	12,3	12,6	4,2	2,5	0,4	1,5
2014	50,3	30,2	15,3	7,8	12,2	12,3	3,8	2	0,3	1,4
2015	47,6	30	15,7	7,7	11,8	12	3,7	2,1	0,3	1,3
2016	49,8	31	15,5	7,8	11,8	11,9	3,3	1,9	0,3	1,4

Datenbasis: IAB-Betriebspanel 2007-2016, hochgerechnete Werte

einem Anteil von 58 Prozent bei ihren Einrichtungen und Diensten einen Spitzenwert: Weit mehr als jedes zweite Beschäftigungsverhältnis bei den Wohlfahrtsverbänden wird in Teilzeit realisiert. Im Jahr 2012 waren es 57 Prozent, 2008 lag der Wert bei 54 Prozent. Im Jahr 2004 betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigung bei den Verbänden noch 47 Prozent. Im Vergleich dazu ist die Teilzeitbeschäftigung insgesamt bei Beschäftigten in Deutschland deutlich geringer. Während nach den Angaben aus dem IAB-Betriebspanel für 2016 in der Gesamtwirtschaft ein Anteil von 31,0 Prozent der betrieblichen Gesamtbeschäftigung in Teilzeit erfolgte, sind die für den NPO-Sektor hochgerechneten Werte mit 49,8 Prozent mit Abstand wesentlich höher (vgl. Tabelle 6). Der Abstand ist relativ gleichgeblieben, da das IAB-Betriebspanel für 2007 den Wert von 42,9 Prozent für den NPO-Sektor und 24,1 Prozent für die Gesamtwirtschaft ausweist.

Der hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigung im NPO-Sektor geht mit einem sehr hohen Frauenanteil einher, der nach Angaben aus verschiedenen Untersuchungen für den gesamten Sektor zwischen 70 und 80 Prozent, im Gesundheits- und Sozialbereich sogar mit über 80 Prozent ausgewiesen wird (vgl. Zimmer/Priller/Paul, 2017, S. 19). Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten weist die Beschäftigung im NPO-

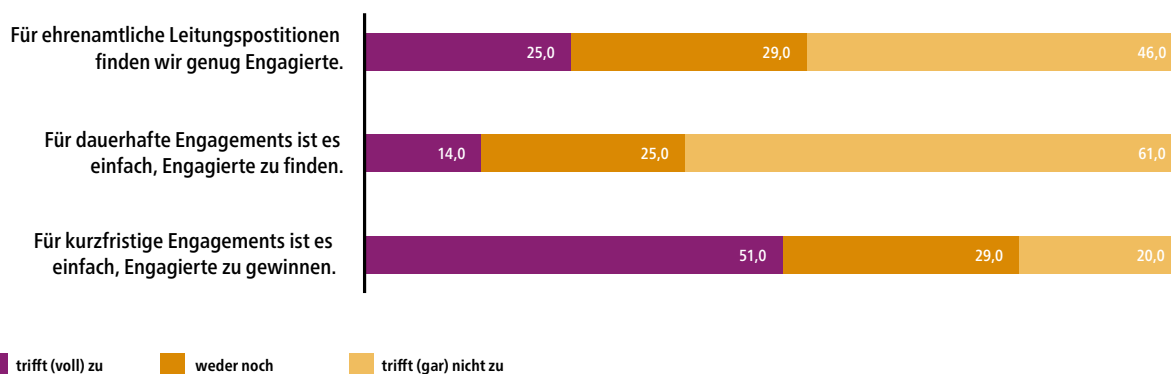
Sektor eine Reihe von Besonderheiten auf, die diesen nicht unbedingt in einem guten Licht erscheinen lassen. Das betrifft neben dem überdurchschnittlich hohen Anteil der Teilzeitbeschäftigung vor allem den hohen Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen und an freien Mitarbeiter\_innen (vgl. Tabelle 6). Lediglich bei der Leiharbeit fallen die Anteile im NPO-Sektor geringer aus als in der Gesamtwirtschaft.

Ein weiterer negativer Faktor, der im Laufe der Coronapandemie im Bereich der Beschäftigung in der Pflege und im Gesundheitswesen auffiel, betrifft die Vergütung: Es ist davon auszugehen, dass im NPO-Sektor eher ein niedriges Einkommensniveau vorherrscht. Allerdings liegen zu den Einkommen im NPO-Sektor bisher keine belastbaren Angaben vor.

#### 4.5.2 Bürgerschaftliches Engagement

Bei den Angaben zum bürgerschaftlichen Engagement bzw. zur ehrenamtlichen und freiwilligen Arbeit in Deutschland trifft eine langjährige Feststellung weiterhin zu: Es liegen aus verschiedenen Untersuchungen unterschiedliche Ergebnisse vor (vgl. Priller, 2011; Altscher/Priller/Burkhardt, 2021). Doch ein Trend zeichnet sich gleichwohl ab, da die Untersuchungen durchgängig von einer Stagnation oder eher abnehmenden

#### ABBILDUNG 4: Probleme zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Gewinnung von Engagierten 2017 (in Prozent)



Datenbasis: ZiviZ-Survey 2017 (Priemer/Krimmer/Labigne, 2017)

Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zum Engagement ausgehen. Zu diesem Ergebnis kommt auf Basis eines breiten Engagementbegriffs und bei Gewichtung der Daten unter Berücksichtigung der Bildungsabschlüsse auch der Freiwilligensurvey<sup>9</sup> aus dem Jahr 2019. So wird für 2019 ein Anteil von 39,7 Prozent der Personen ab 14 Jahren in Deutschland ausgewiesen, die in den letzten 12 Monaten mindestens ein freiwilliges Engagement ausübten. Bei den früheren Erhebungen lagen die Engagementquoten 1999 bei 30,9 Prozent, 2004 bei 32,7 Prozent, 2009 bei 31,9 Prozent und 2014 bei 40,0 Prozent (Simonson/Kelle/Kausmann/Tesch-Römer, 2022, S. 1).

Nonprofit-Organisationen bilden die wesentliche institutionelle Infrastruktur für das Engagement. Ohne bürgerschaftliches Engagement würden die meisten NPOs nicht existieren und könnten zumindest nicht in dem gegenwärtigen Umfang tätig werden. Doch für NPOs wird es immer schwieriger, Menschen für die Übernahme ehrenamtlicher (Leitungs-)Funktionen und für ein dauerhaftes bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen (vgl. Abbildung 4).

Eindrucksvoll lässt sich dies anhand der über 90.000 Sportvereine zeigen. Nach den umfangreichen Untersuchungen des Sportentwicklungsberichts von 2017/2018 war die Bindung bzw. Gewinnung ehrenamtlicher Funktionsträger\_innen das mit Abstand größte Problem der Sportvereine. Mehr als jeder siebte Sportverein (14,5 Prozent) sieht seine Existenz gefährdet, weil er keine ehrenamtlichen Funktionsträger\_innen findet bzw. die derzeitigen Amtsträger\_innen nicht für eine weitere Leitungstätigkeit binden kann. Damit hat das Problem der Gewinnung ehrenamtlichen Personals einen höheren Stellenwert als die Gewinnung und Bindung von Vereinsmitgliedern, das 9 Prozent der Vereine als ihr größtes Problem ansehen (Breuer/Feiler 2019a, S. 31f.). Diese Einschätzung wird durch die Ergebnisse der Befragung von Vorstandsmitgliedern in Sportvereinen untermauert: 41 Prozent der Vorstandsmitglieder gaben an, sich bereits mit dem Gedanken an eine Beendigung ihrer Tätigkeit beschäftigt zu haben. Vor dem Hintergrund des durchschnittlichen Alters (53 Jahre) sowie der langen Dauer des Engagements vieler Vorstandsmitglieder ist dies nachvollziehbar: Jedes zehnte Vorstandsmitglied war zum Befragungszeitpunkt bereits seit über 30 Jahren in einer ehrenamtlichen Funktion im Sportverein tätig (Breuer/Feiler 2019b, S. 99).

[9] Der Deutsche Freiwilligensurvey wird seit 1999 alle fünf Jahre als telefonische bevölkerungsrepräsentative Studie durchgeführt. Als freiwilliges Engagement werden alle Tätigkeiten gefasst, die freiwillig und gemeinschaftsbezogen ausgeführt werden, im öffentlichen Raum stattfinden und nicht auf materiellen Gewinn gerichtet sind.

**TABELLE 7: Engagement nach Bereichen in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)**

BEREICH	1999	2004	2009	2014	2019
Sport und Bewegung	10,3	10,2	9	14,9	13,5
Kultur und Musik	4,2	4,6	4,3	7,8	8,6
Sozialer Bereich	3,4	4,7	4,4	7,6	8,3
Schule und Kindergarten	5	6	5,6	8,1	8,2
Kirchlicher oder religiöser Bereich	4,5	5,2	5,8	6,8	6,8
Freizeit und Geselligkeit	5,5	5,2	4,5	5,6	6,1
Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz	1,6	2,3	2,3	3,1	4,1
Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene	1,2	1,9	2,1	3,4	3,5
Politik und politische Interessenvertretung	2,1	2,3	2,1	3	2,9
Unfall-/Rettungsdienste oder freiwillige Feuerwehr	2,7	3	3,1	3	2,7
Gesundheitsbereich	1	0,9	2	2,3	2
Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebes	2	1,9	1,5	2,2	1,9
Justiz und Kriminalitätsprobleme	0,6	0,4	0,5	0,6	0,6

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999-2019

Das Engagement in NPOs ist vielschichtig und entwickelt sich dynamisch. Es kommt derzeit zu gewissen Verschiebungen bei den Tätigkeitsfeldern des Engagements; auch ändert sich der Zeitumfang des Engagements in NPOs (Simonson/Kelle/Kausmann/Tesch-Römer, 2022). Hinsichtlich der Engagementbeteiligung bestehen Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie der Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2019 zeigt. Dies trifft jedoch nicht für das Engagement von Frauen und Männern zu. Hier ist es im Unterschied zur Beschäftigung zu einer deutlichen Angleichung gekommen: Männer (40,2 Prozent) und Frauen (39,2 Prozent) sind in etwa gleich häufig engagiert. Zurückzuführen ist dies darauf, dass der Anteil von engagierten Frauen deutlich stärker gestiegen ist als der Anteil engagierter Männer. Markante Unterschiede beim Engagement zeigen sich aber zwischen den Bildungsgruppen: Während sich bei Personen mit niedriger Bildung kein Zuwachs im Engagement ausmachen lässt, ist dieser bei Menschen mit hoher Bildung und bei denjenigen, die aktuell Schule oder Universität besuchen, besonders hoch. Ausgeprägte Unterschiede zeigen sich ebenfalls zwischen den Altersgruppen: Jüngere und Personen im mittleren Erwachsenenalter sind in einem höheren Maße engagiert als Senior\_innen und insbesondere Hochbetagte. Nach wie vor engagieren sich

Menschen mit Migrationshintergrund in einem geringeren Maße als jene ohne Migrationshintergrund (Simonson/Kelle/Kausmann/Tesch-Römer, 2022, S. 2).

Bei den Engagementbereichen lassen sich leichte Akzentverschiebungen hinsichtlich der Intensität des hier jeweils gebundenen Engagements feststellen; zu grundlegenden Veränderungen in der Reihenfolge der Engagementbereiche ist es in den letzten Jahren jedoch nicht gekommen: Sport und Bewegung liegen in der Beliebtheit nach wie vor an der Spitze, gefolgt von Kultur und Musik, dem sozialen Bereich, Schule und Kindergarten, Kirche und Religion sowie Freizeit und Geselligkeit (vgl. Tabelle 7).

Spenden der Bevölkerung sind als wichtige Finanzierungsquelle von besonderer Bedeutung für Nonprofit-Organisationen. Nach Berechnungen des DZI wurden 2019 rund 10,5 Milliarden Euro und 2020 rund 11,7 Milliarden Euro von privaten Haushalten in Deutschland gespendet. Der Zuwachs an Spenden wird mit der Corona-Pandemie erklärt, die allgemein zur einer höheren Spendenbereitschaft und zu gewachsenen Geldvermögen durch gesunkene Konsumausgaben geführt hat; insofern standen mehr Mittel für Spenden zur Verfügung. Für den Anstieg des Spendenvolumens ist vermutlich nicht eine Erhöhung des

Anteils der geldspendenden Personen ursächlich. Nach Angaben des Freiwilligen surveys spendete 2018 gut jede\_r zweite Befragte (52,3 Prozent). Die Zahl hat sich gegenüber 2014 (51,6 Prozent) und 2009 (53,6 Prozent) kaum verändert. Andere Untersuchungen weisen eine leicht rückläufige Tendenz des Anteils der Bevölkerung aus, der spendet. Dies wird jedoch wettgemacht durch durchschnittlich höhere Spenden. Gespendet wird nach Angaben des Freiwilligen surveys zu relativ gleichen Anteilen für mehrere

Bereiche: An der Spitze liegt der Bereich Kinder und Jugendliche (23,7 Prozent), gefolgt von der Behinderten- und Krankenhilfe (20,3 Prozent), der Not- und Katastrophenhilfe (19,4 Prozent), dem Umwelt-, Natur- oder Tierschutz (18,2 Prozent), der Entwicklungshilfe (16,4 Prozent) und dem kirchlichen oder religiösen Bereich (15,4 Prozent). Vergleichsweise weniger wird für Sport und Bewegung gespendet (4,6 Prozent).



# 5. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

## 5.1 ZURÜCKGEHENDE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG UND GRENZEN DER ÖKONOMISIERUNG

Der deutsche Nonprofit-Sektor wurde vor dem Hintergrund der Veränderungen seines Kontextes und seiner Umweltbedingungen betrachtet. Wie in den Nachbarländern sind diese geprägt durch Prozesse gesellschaftlicher Individualisierung und Heterogenisierung sowie durch die zurückgehende Wirkungsmacht von Korporatismus und Subsidiarität als Formen von Politikgestaltung und -umsetzung. Diese beruhte auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Staat und NPOs, und zwar sowohl in Form der „private interest government“ – als Mitregierung von NPOs – als auch der „welfare partnership“ – der privilegierten Position von NPOs als Dienstleister auf den Sozialmärkten und in lebensweltlichen Bereichen wie Kultur und Sport. Vor diesem Hintergrund wurde der Frage nachgegangen, inwiefern das quantitative Profil des Sektors die markanten Kontextveränderungen bereits widerspiegelt.

Es zeigte sich, dass das Bild des Sektors in Zahlen noch weitgehend von Kontinuität und Stabilität geprägt ist. Dies kann der defizitären Datenlage geschuldet sein. Die Erhebungen und die Berichterstattung über den Sektor in Deutschland sind leider zumeist nicht auf aktuellem Stand. Zu einzelnen Bereichen des Sektors sind die Daten stark veraltet und stammen aus der Mitte der 2010er Jahre. Trotz dieser Einschränkung weist das quantitative Bild auf eine Entwicklung des Sektors hin, die nicht mehr primär von Wachstum

und einer Bedeutungszunahme als Wirtschaftskraft geprägt ist. Falls von Seiten des Staates keine Verbesserung der Rahmenbedingungen für NPOs und gerade für solche, die wirtschaftlich tätig sind, erfolgt, ist perspektivisch sowohl mit einer eher sinkenden wirtschaftlichen Bedeutung des Sektors wie auch von einer Stagnation bis hin zum Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements zu rechnen.

Wie stark sich die gesellschaftlichen Veränderungen bereits heute auswirken, lässt sich an der Erosion der milieuspezifischen Mitgliederbasis bzw. an den markanten Mitgliederverlusten der traditionellen Großorganisationen des Sektors – Kirchen, Parteien, Gewerkschaften – ablesen (vgl. Tab. 1). Diese hatten lange Zeit eine Ankerfunktion für die korporatistische Einbettung und subsidiäre Privilegierung des Sektors. Ihre starke Mitgliederbasis legitimierte die Sonderstellung von Nonprofit-Organisationen im Hinblick auf den Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen wie auch auf ihre besondere Position auf den Sozialmärkten.

Die Erosion der gesellschaftlichen Basis des Sektors schlägt noch nicht durch auf seine volkswirtschaftliche Bedeutung und damit auf seine Größe gemessen an der Zahl der NPO-Beschäftigten sowie an seinen Ausgaben (vgl. Tab. 2). In der Retrospektive weisen die Daten langfristig gesehen eine beachtliche Wachstumsdynamik aus. Allerdings wird bei genauerer Betrachtung deutlich, dass der Anteil des Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in jüngerer Zeit keinen Zuwachs verzeichnet,

sondern eher rückläufig ist. Der Anteil des Sektors am Bruttoinlands- wie Bruttonutzenprodukt ist zurückgegangen (vgl. Tab. 2). Die Größe des Sektors ist zwar stabil, aber sein Anteil an der Gesamtwirtschaft ist nicht mehr auf Wachstumskurs, sondern stagniert, so dass aktuell und prospektiv eher bei einem Wachstum der Gesamtwirtschaft von einer abnehmenden wirtschaftlichen Bedeutung des Nonprofit-Sektors in Deutschland auszugehen ist.

Ein Grund hierfür ist Aufkündigung des Schutzes der NPO-Dienstleister vor kommerzieller Konkurrenz, der sich die Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtsverbände gegenübersehen. Die Wohlfahrtsverbände sind nach wie vor die wichtigsten Arbeitgeber im deutschen NPO-Sektor, der in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Bereiche Gesundheit und Soziales geprägt wird. Deutlich weisen die Daten die immer noch zentrale Stellung der Verbände im Hinblick auf die NPO-Beschäftigung in Deutschland aus (vgl. Abb. 3). Doch ihre Position auf den Sozialmärkten ist längst nicht mehr unangefochten. Vor allem der Krankenhaussektor, einst das wirtschaftliche Schwergewicht des deutschen NPO-Sektors, hat sich durch die erstarkte Position privat-kommerzieller Anbieter zu Ungunsten der NPO-Krankenhäuser verändert (vgl. Tab. 4).

Allerdings werden gerade in diesem Bereich inzwischen die Grenzen der Ökonomisierung deutlich. Zugang und Erreichbarkeit von Krankenhäusern sind nicht rein nach wirtschaftlichen Kriterien zu bewerten. Hier muss der Staat tätig werden – wenn nicht selbst, dann doch in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem NPO-Sektor –, um Grundsicherung und soziale Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die Zeiten, in denen alles dem Markt überlassen wurde, sind vorbei. Dem Nonprofit-Sektor und seinen Organisationen könnten auch in den klassischen Bereichen wie Gesundheit und Soziale Dienste eine neue Rolle zu wachsen, indem andere Formen der Erstellung von Dienstleistungen, wie sie derzeit z. B. in Form von Praxisgemeinschaften auf Genossenschaftsbasis schon erprobt werden, Schule machen. Dies könnte auch ein Modell für kleinere Krankenhäuser mit angeschlossenen Spezialambulanzen sowie Medizinischen Versorgungszentren (MVZs) sein. Doch bisher haben solche

Initiativen es sehr schwer, sich Gehör zu verschaffen. Immer noch setzt die Politik insbesondere im Krankenhausbereich auf die großen privat-kommerziellen Player. Die Rückführung dieser zentralen wohlfahrtsstaatlichen Bereiche in eine an Nachhaltigkeit und nicht am Shareholder-Value orientierte Sozialökonomie ist überfällig, aber nach wie vor kaum in die Politik hinein zu kommunizieren.

## 5.2 STAGNATION BEIM ENGAGEMENT

Da Vereine als eher kleinere und lokal tätige NPOs mehrheitlich in erster Linie auf bürgerschaftliches Engagement in Form freiwilliger Mitarbeit sowie ehrenamtlicher Leitung angewiesen sind, sind sie vor allem von den Veränderungen des Engagements infolge gesellschaftlicher Individualisierung betroffen. So hat sich das bürgerschaftliche Engagement über den Berichtszeitraum auf einer Engagementquote von etwa 40 Prozent stabilisiert. Allerdings wird es für die Vereine immer schwieriger, Engagierte dauerhaft zu binden und insbesondere für die Übernahme von Führungs- und Leitungspositionen zu gewinnen (vgl. Abb. 4). Hinsichtlich der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ist von einer Stagnation und perspektivisch von einer zurückgehenden Bereitschaft zum Engagement auszugehen.

Doch der Rückgang beim Engagement ist nicht ungewöhnlich und hängt vorrangig von Faktoren im Umfeld der NPOs ab. So zeigt sich international, dass sich wachsende soziale Ungleichheit und geringer werdende soziale Gerechtigkeit negativ auf die Bereitschaft zum Engagement auswirken. Angesichts dieser Entwicklung sind Maßnahmen zu überlegen, wie einem Verlust an Engagement zu begegnen ist. An erster Stelle müssen die Kompetenzen und Stärken der NPOs vor Ort mehr Anerkennung erfahren. Anstatt von Seiten der Politik ständig neue Anlaufstellen mit öffentlichen Mitteln aufzubauen, ist die Selbstorganisation des Sektors zu stärken. Ob Freiwilligenagenturen und andere, eher nicht „von unten“ gewachsene Einrichtungen und zentralisierte Maßnahmen der richtige Weg sind, ist fraglich. Die direkte persönliche Ansprache und Werbung durch NPOs

ist, wie auch der Freiwilligensurvey 2019 zeigt, noch immer der erfolgreichste Weg, Engagierte zu gewinnen und auch längerfristig zu binden.

Aber auch die NPOs sind gefordert. Sie sollten Personalentwicklung, insbesondere Nachwuchsförderung, endlich ernst nehmen und in ihre Alltagsroutinen integrieren. Auch müssen die NPOs mehr dafür sorgen, dass Engagement und besonders ehrenamtliche Leitungsfunktionen im zeitlichen Aufwand leistbar sind und nicht zu Überlastungen führen. Damit dies gelingt, sollten die NPOs vor Ort mehr zusammenarbeiten und gezielt, z. B. durch Praktikumsplätze oder durch die Zusammenarbeit mit Schulen, die nächste Generation mit dem bürgerschaftlichen Engagement vertraut machen. Verstärkt muss eine gezielte Ansprache mancher Personengruppen erfolgen, wie z. B. Mitbürger\_innen mit Migrationsgeschichte, jüngeren Frauen und Jugendlichen aus benachteiligten Familien.

### 5.3 DAS VERNACHLÄSSIGTE POTENZIAL VON STIFTUNGEN UND GENOSSENSCHAFTEN

Die Anzahl der Stiftungen hat im Beobachtungszeitraum deutlich zugenommen (vgl. Abb. 2). Ähnlich wie bei den Vereinen zeichnete sich zumindest bis 2019 jedoch auch hier eine gewisse Verlangsamung des Gründungsgeschehens ab. Die Popularität der Rechtsform Stiftung ist in Deutschland nach wie vor hoch und die Anzahl der Gründungen ist in den letzten Jahren wieder angestiegen. Allerdings handelt es sich mehrheitlich um kleine und Kleinststiftungen, deren Wirkungsmöglichkeiten aufgrund ihrer geringen Kapitalausstattung sehr eingeschränkt sind und denen insofern in wirtschaftlicher Hinsicht keine zentrale Bedeutung für den NPO-Sektor zukommt.

Dies muss aber nicht so sein. Stiftungen, durchaus auch kleinere, könnten in viel stärkerem Umfang als bisher als Investoren aktiv werden. Es ist nicht in Stein gemeißelt, dass private Stiftungen ihre Ziele nur mittels der Erträge ihres Stiftungsvermögens erreichen müssen. Die größten deutschen Stiftungen, etwa die Bosch- oder die Bertelsmann-Stiftung, sind de facto Trägerinstitutionen von Unternehmen. Warum wer-

den nicht kleinere Stiftungen dazu ermuntert, diesem Beispiel zu folgen und ihr Kapital unternehmerisch einzusetzen, so dass es nachhaltig zu einem Zugewinn an Erträgen kommt? Bezahlbare Wohnungen, Senior\_innen-Residenzen, Kindertagesstätten oder auch Gewerbeeinheiten etwa für Praxisgemeinschaften oder für Working Spaces wären interessante Möglichkeiten für nachhaltige Stiftungsinvestitionen. Hier wäre erforderlich, dass die Finanzämter mit philanthropischen Investitionen vertraut gemacht werden und nicht sofort mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit drohen, falls Stiftungen andere Wege als die üblichen gehen, um ihr Vermögen zu mehren und damit ihre Stiftungsaktivitäten auszubauen.

Doch bisher haben weder der Staat noch die Stiftungen in Deutschland eine Pionierrolle in punkto Weiterentwicklung des philanthropischen Engagements. Aktiv sind Stiftungen meist in den klassischen Bereichen, während aktuell stärker in der Diskussion stehende Arbeitsfelder wie z. B. praktische Ökologie und Umweltschutz nicht zu ihren primären Arbeitsbereichen zählen. Hingegen haben sich gemeinnützige Genossenschaften in jüngster Zeit stärker innovativen Arbeitsbereichen an der Schnittstelle von Ökonomie und Gemeinschaft zugewandt. Die Genossenschaftsregister weisen in sehr bescheidenem Umfang die Errichtung von z. B. Energiegenossenschaften oder Genossenschaften zum Betrieb von Dorfläden oder ökologisch arbeitenden landwirtschaftlichen Betrieben aus. Dieser Trend sollte vom Gesetzgeber viel stärker unterstützt werden. Die gemeinnützige Genossenschaft als eine klassische Form des Sozialunternehmens bedarf viel größerer Aufmerksamkeit, auch von den genossenschaftlichen Dachverbänden. Zwar haben die Genossenschaftsverbände die Zeichen der Zeit erkannt und setzen sich bereits seit langem für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein, aber sie knüpfen hierbei nur sehr bedingt an ihre eigenen Traditionen der Stärkung einer lokalen und gemeinwirtschaftlich orientierten Ökonomie an. Ein Matching-Grant als Form der komplementären Finanzierung für die Errichtung gemeinnütziger Genossenschaften, d. h. staatliche Förderung für Gründungsinitiativen in den Bereichen Energie, Wasser, Wohnungsbau, Gesundheit und Soziale Dienste als Ergänzung der privaten Mittel sowie

die Einrichtung eines genossenschaftlichen Prüfverbandes speziell für gemeinnützige Genossenschaften wären wichtige Maßnahmen zum Aufbau lokaler Ökonomien, die gleichermaßen zur Stärkung von Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Resilienz beitragen.

## 5.4 ENDE DER ÖKONOMISIERUNG UND STÄRKERE UNTERSTÜTZUNG DER SOZIALÖKONOMIE ALS UNTERPFAND SOZIALER DEMOKRATIE

Leider kommt dem NPO-Sektor gerade aus der Perspektive der Beschäftigten bisher keine Vorreiterrolle in Richtung Sozial- und Gemeinschaftsökonomie zu. Die Daten weisen den NPO-Arbeitsmarkt als für Arbeitnehmer\_innen eher unfreundlich bis prekär aus. Im Vergleich zur Privatwirtschaft dominieren im NPO-Sektor Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung sowie freie Mitarbeit (vgl. Tab. 5). Es sind wiederum die Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtsverbände, die das Bild prägen und über den Berichtszeitraum zunehmend flexible Beschäftigungsverhältnisse favorisieren (Tab. 3). Die Ökonomisierung des NPO-Sektors im Sinne einer Angleichung an kommerzielle Unternehmen wird hier deutlich. Die Maxime ist eine Verdichtung von Arbeit bei Anpassung der Organisationsform an die Wirtschaft. Hieraus erklärt sich z.T. auch die zunehmende Popularität der Rechtsform GmbH im deutschen NPO-Sektor.

Es stellt sich die Frage, ob eine vorbehaltlose Übernahme der Logiken der Wirtschaft und Unternehmensführung einschließlich einer Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse der geeignete Weg für NPOs ist, sich an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen. Es könnte sein, dass es sich hierbei um einen Holzweg handelt, da der Sektor damit seine Identität einbüßt und wenig Anreiz bietet, sich hier weiterhin in Form von Beschäftigung, Spenden und freiwilligen Engagements zu engagieren. Auch ist eine Orientierung am Effizienz- und Wachstumssparadigma der Wirtschaft angesichts der ökologischen (Klimawandel), sozialen (Armutsfalle) und politischen (Populismus) Folgen des bisherigen neoliberalen Kurses weder zeitgemäß noch innovativ

und gerade für NPOs unangemessen. Auf der Tagesordnung des Sektors und vor allem seiner ökonomisch starken Organisationen sollte längst eine Transformation in Richtung nachhaltige Sozialökonomie als maßgeblicher Teil einer Sozialen Demokratie stehen.

Anstatt die Logik der großen Konzerne vorbehaltlos zu übernehmen, könnte der Nonprofit-Sektor im Hinblick auf die Umsteuerung der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit als Innovator und Katalysator wirken und eine Vorreiterrolle basierend auf der Verankerung seiner Organisationen in lokalen Kontexten übernehmen. Längst fordern kritische Stimmen zur Ergänzung und Abstützung des Green New Deal als umfassender Maßnahmenkatalog zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen in Deutschland und der EU den Ausbau und die gezielte Förderung einer an demokratischen Grundsätzen orientierten Sozialökonomie (Dörre, 2022, S.9).

Doch die Rahmenbedingungen für eine NPO-gestützte Sozialökonomie sind bisher denkbar schlecht und nur Stückwerk. Die NPOs sind mit hohen Anforderungen an ihre Rechnungslegung konfrontiert. Der bürokratische Aufwand, der mit der Leitung einer NPO verbunden ist, hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Dies schreckt ab und wirkt sich sehr negativ auf die Bereitschaft aus, in NPOs Führungsverantwortung zu übernehmen. Da keine spezifische Rechtsform für die Erfordernisse primär wirtschaftlich tätiger NPOs – also für Sozialunternehmen – vorhanden ist, haben die Organisationen keine Planungssicherheit. Die zuständigen Behörden haben erhebliche Ermessungsspielräume hinsichtlich der Auslegung der Gemeinnützigkeit bzw. der Abgabensordnung. Es liegt ganz in ihrem Ermessen, ob sie eine wirtschaftliche Tätigkeit einer NPO als im Einklang mit den gemeinnützigen Organisationszielen einstufen oder hierin eine Konkurrenz zu einem Wirtschaftsunternehmen sehen und insofern die Gemeinnützigkeit der NPO infrage stellen.

Entsprechendes gilt auch für die Auseinandersetzung darüber, ob und wie NPOs politisch aktiv sein können, wie anhand der globalisierungskritischen NPO Attac, der die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, dargelegt wurde. Zwar ist angesichts der Zunahme von

durchaus demokratiefeindlichen NPOs Vorsicht geboten. Dennoch sind Freiräume für das politische Engagement von NPOs zu garantieren. Bisher fehlt es in Politik und Öffentlichkeit an Unterstützung des Sektors als wichtiger Teil der Sozialen Demokratie, die in wirtschaftlicher Hinsicht auf Gerechtigkeit und Chancengleichheit und in gesellschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht auf Gemeinschaft, Gemeinwohl und nachhaltige Daseinsvorsorge setzt.

Während für die Anerkennung des individuellen bürgerschaftlichen Engagements von Seiten der Politik in den letzten Jahren in Deutschland viel gemacht worden ist, wird die Infrastruktur des Engagements – der NPO-Sektor und seine Organisationen – nach wie vor eher vernachlässigt. Dies trifft besonders für die statistische Erfassung und Dauerbeobachtung des Sektors zu. Auf Grundlage der derzeitigen Datenbasis ist eine solide und nachhaltige Politikgestaltung für den Nonprofit-Sektor und seine Organisationen nicht möglich. Es bleibt zu hoffen, dass alle im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP genannten Vorhaben, angefangen bei der Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit über die Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts bis hin zur tatkräftigen Unterstützung von Sozialunternehmen (Koalitionsvertrag 2021: 90, 119, 167, 32), trotz schwieriger Bedingungen realisiert werden und

gleichzeitig für eine Verbesserung der datenmäßigen Erfassung des Sektors und seiner Organisationen Sorge getragen wird. Die Politik muss stärker anerkennen, dass dem Sektor und seinen Organisationen wichtige Aufgaben in Dienst von Nachhaltigkeit und der Vereinbarkeit von Ökonomie, Ökologie und bürgerschaftlichem Engagement zukommen. Hier aktiv zu werden, wäre ein wesentlicher Beitrag zu einer Sozialen Demokratie.

Die EU-Kommission hat bereits Ende 2021 einen Aktionsplan für die Sozialwirtschaft vorgelegt, der die Rahmenbedingungen der Organisationen verbessern soll, etwa durch den Einsatz unterschiedlicher Rechtsformen, eine vereinfachte Besteuerung, die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Möglichkeiten staatlicher Beihilfen sowie den erleichterten Zugang zu Finanzmitteln. Formen des kollektiven Eigentums wie Genossenschaften und Mitarbeitergesellschaften, wie sie im Nonprofit-Sektor bereits praktiziert werden, sowie eine stärkere Betonung des Gemeineigentums können einen wesentlichen Schub für den Nonprofit-Sektor bewirken. Eine solche Entwicklung könnte dazu beitragen, den sich bereits abzeichnenden Bedeutungsverlust des Nonprofit-Sektors Einhalt zu gebieten und in Richtung einer Orientierung auf eine soziale und ökologische NPO-Sozialökonomie umzusteuern.

## 6. LITERATURVERZEICHNIS

- Alscher, Mareike / Priller, Eckhard / Burkhardt, Luise (2021): Zivilgesellschaftliches Engagement, in: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Datenreport 2021, Bonn: S. 399–407.
- Backhaus-Maul, Holger (2019): Zentrifugalkräfte in der Freien Wohlfahrtspflege: Wohlfahrtsverbände als traditionsreiche und ressourcenstarke Akteure, in: Freise, M./Zimmer, A. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel, Wiesbaden: Springer VS: S. 83–100.
- Breuer, Christoph / Feiler, Svenja (2019a): Sportvereine in Deutschland: Organisationen und Personen. Sportentwicklungsbericht für Deutschland 2017/2018 – Teil 1. Bonn: Bundesinstitut für Sportwissenschaft.
- Breuer, Christoph / Feiler, Svenja (2019b): Vorstandsmitglieder in Sportvereinen in Deutschland. Sportentwicklungsbericht für Deutschland 2017/2018 – Teil 3. Bonn: Bundesinstitut für Sportwissenschaft.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V. (Hrsg.) (2021): Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen, Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen.
- Dörre, Klaus (2022): Alle reden vom Klima. Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (72/3-4) „Green New Deals“: S. 4–10.
- FAZ (2022): Gemeinnützige Vereine dürfen sich politisch äußern. Wer nur Politik macht, wird nicht steuerbegünstigt, 29.01.2022, Nr. 24, S. 20.
- Hummel, Siri / Pfirter, Laura / Strachwitz, Rupert Graf (2022): Zur Lage und den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in Deutschland: ein Bericht. (Opuscula, 159), Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-76997-7> (abgerufen am 23.05.2022).
- Katzenstein, Peter J. (1987): Policy and Politics in West Germany: The Growth of a Semisovereign State, Philadelphia: Temple Univ. Press.
- Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf) (abgerufen am 23.05.2022).
- Lehmbruch, Gerhard / Schmitter, Philippe C. (Eds.) (1982): Patterns of Corporatist Policy-Making. London: Sage.
- Priemer, Jana / Hohendanner, Christian / Krestakis, Ralf (2019). Organisierte Zivilgesellschaft, in: Krimmer, H. (Hrsg.), Datenreport Zivilgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS: S. 7–54.
- Priemer, Jana / Krimmer, Holger / Labigne, Anaël (2017): Ziviz-Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Essen.



- Priller, Eckhard (2011): Dynamik, Struktur und Wandel der Engagementforschung: Rückblick, Tendenzen und Anforderungen, in: Priller, Eckhard / Alscher, Mareike / Dathe, Dietmar / Speth, Rudolf (Hrsg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Münster: Lit-Verlag: S. 11–40.
- Rosenski, Natalie (2012): Die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, März 2012: S. 209–217.
- Salamon, Lester M. / Sokolowski, Wojciech (2018): The Size and Composition of the European Third Sector, in: Enjolras, Bernard / Salamon, Lester M. / Sivesind, Karl-Henrik / Zimmer, Annette (Eds.): The Third Sector as a Renewable Resource for Europe (Open Access). Cham: palgrave macmillan: S. 49–94.
- Schrader, Malte (2021): Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie: Bedarfe – Angebote – Potenziale. Opuscula 149, Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoa-72852-2> (abgerufen am 23.05.2022).
- Simonson, Julia / Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligen-survey 2019, Wiesbaden: Springer VS (Open Access).
- Stiftung Aktive Bürgerschaft (Hrsg.) (2021): Bürgerstiftungen in Zahlen, Berlin: Stiftung Aktive Bürgerschaft.
- Strachwitz, Rupert Graf / Priller, Eckhard / Triebe, Benjamin (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. Oldenbourg: de Gruyter.
- Streeck, Wolfgang (1987): Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich verändernden Umwelten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39: S. 471–495.
- Streeck, Wolfgang / Schmitter, Philippe C. (1985): Community, Market, State – and Associations? The Prospective Contribution of Interest Governance in Social Order, in: European Sociological Review, 1: S. 119–138.
- Thürling, Marleen / Hanisch, Markus (2021): Genossenschaften für das Gemeinwesen: Bürgerschaftliches Engagement zur Sicherung der Daseinsvorsorge?, in: Zeitschrift für Sozialreform (67/3): S. 260–290.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs (2003): Handbook on nonprofit institutions in the System of National Accounts: [http://unstats.un.org/unsd/publication/seriesf/seriesf\\_91e.pdf](http://unstats.un.org/unsd/publication/seriesf/seriesf_91e.pdf) (abgerufen am 23.05.2022).
- Zimmer, Annette / Priller, Eckhard (2004): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel, Wiesbaden: VS Verlag.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2019a): Genossenschaften als Teil des Dritten Sektors, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, (42/3): S. 280–299.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2019b): Zivilgesellschaft im Corona Abseits?, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (2/34): S. 293–303.
- Zimmer, Annette / Priller, Eckhard / Paul, Franziska (2017): Karriere im Nonprofit-Sektor? Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen von Frauen, Münster (Open Access).
- ZiviZ gGmbH im Stifterverband (2021): Folgen der Coronakrise für Engagement und Zivilgesellschaft, Berlin: Discussion Paper 02: [www.ziviz.de](http://www.ziviz.de) (abgerufen am 23.05.2022).



## 7. AUTOR\_INNENINFORMATIONEN

**Annette Zimmer** ist langjähriges Mitglied des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie ist Seniorprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und arbeitet zu den Themen Zivilgesellschaft und Nonprofit-Organisationen, und speziell Fragen des Managements und der Governance sowie der politikfeldspezifischen Einbettung von NPOs und NGOs.

**Eckhard Priller** ist Wissenschaftlicher Koordinator der Maecenata Stiftung. Seine Forschungsfelder sind vor allem Dritter Sektor, Zivilgesellschaft, Zivilengagement, Spenden und Sozialberichterstattung. Zu diesen Themen führte er mehrere größere empirische Untersuchungen und Analysen durch. Die Ergebnisse liegen in zahlreichen Publikationen vor. An verschiedenen Universitäten und Hochschulen realisiert er Lehraufträge.

# IMPRESSUM

## AUTOR\_INNEN:

**Dr. sc. Eckhard Priller & Prof. Dr. Annette Zimmer**

## HERAUSGEBERIN:

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.**

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Deutschland

E-Mail: [info@fes.de](mailto:info@fes.de)

## HERAUSGEBENDE ABTEILUNG:

**Politische Bildung und Dialog** · Referat Engagement, Qualifizierung und digitale Bildung  
Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie

„Betrifft: Bürgergesellschaft“ ist eine Publikationsreihe des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

## WEBSEITE:

[www.fes.de/akademie-management-und-politik/buergergesellschaft](http://www.fes.de/akademie-management-und-politik/buergergesellschaft)

## LEITUNG:

**Willi Brase**, ehem. MdB

## KOORDINATION:

**Anne Haller** · [anne.haller@fes.de](mailto:anne.haller@fes.de) & **Petra Keller** · [petra.keller@fes.de](mailto:petra.keller@fes.de)

## LEKTORAT:

**Ulrike Schnellbach**

## GESTALTUNG:

**Typografie · im · Kontext**

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.